

Impulsprogramm Bildungsregionen

*Innovatives
Bildungsservice*

Datenbasierte Planung in Bildungsregionen

Stuttgart 2011



Landesinstitut
für Schulentwicklung

www.lis-bw.de
best@lis.kv.bwl.de

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

Redaktionelle Bearbeitung

Redaktion: Prof. Reinhard Bayer, LS Stuttgart
Dr. Stephan Blank, LS Stuttgart
Frank Pfänder, LS Stuttgart
Steffen Pleßmann, LS Stuttgart
Jürgen Ripplinger, LS Stuttgart
Susanne Zeller, LS Stuttgart

Mitwirkung: Prof. Dr. Axel Gehrmann, PH Schwäbisch Gmünd
Tobias Haas, PH Schwäbisch Gmünd
Bernd Keller, Regionales Bildungsbüro Heilbronn
Lorenz Macher, Regionales Bildungsbüro Ravensburg
Sascha Pelzmann, PH Schwäbisch Gmünd
Stefan Schmutz, Stadt Mannheim
Dr. Rainer Wolf, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Volker Zimmer, PH Schwäbisch Gmünd

Stand: Mai 2011

Impressum

Herausgeber: Landesinstitut für Schulentwicklung (LS)
Heilbronner Straße 172, 70191 Stuttgart
Fon: 0711 6642-0
Fax: 0711 6642-1099
E-Mail: poststelle@ls.kv.bwl.de
Internet: www.ls-bw.de

Druck und Vertrieb: Landesinstitut für Schulentwicklung (LS)
Heilbronner Straße 172, 70191 Stuttgart

Urheberrecht: Inhalte dieses Heftes dürfen für unterrichtliche Zwecke in den Schulen und Hochschulen des Landes Baden-Württemberg vervielfältigt werden. Jede darüber hinausgehende fotomechanische oder anderweitig technisch mögliche Reproduktion ist nur mit Genehmigung des Herausgebers möglich. Soweit die vorliegende Publikation Nachdrucke enthält, wurden dafür nach bestem Wissen und Gewissen Lizenzen eingeholt. Die Urheberrechte der Copyrightinhaber werden ausdrücklich anerkannt. Sollten dennoch in einzelnen Fällen Urheberrechte nicht berücksichtigt worden sein, wenden Sie sich bitte an den Herausgeber. Bei weiteren Vervielfältigungen müssen die Rechte der Urheber beachtet bzw. deren Genehmigung eingeholt werden.

© Landesinstitut für Schulentwicklung, Stuttgart 2011

Inhalt

Einleitung	3
1. Kommunale Rahmenbedingungen datenbasierter Planung in Bildungsregionen – Oder: Man muss nicht „Datenlos zusehen“	4
2. Bildungsberichterstattung	10
2.1. Hintergrund	10
2.2. Semantisches Inventar	18
2.3. Der Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings.....	21
2.4. Planungs- und Entscheidungsprozess: grundsätzliche und spezielle Fragen	25
3. Erfahrungen in den Bildungsregionen	27
3.1. Möglichkeiten der Datengewinnung – Stadt Schwäbisch Gmünd. Ein Interview mit Prof. Dr. Axel Gehrman und seinen Mitarbeitern	27
3.2. Möglichkeiten der Datengewinnung: der 1. Bildungsbericht der Stadt Heilbronn 2010...	33
3.3. Datenbasierte Planung in der Sprachförderung im Landkreis Ravensburg.....	35
4. Arbeitsschritte für die datenbasierte Planung	37
4.1. Arbeitsorganisation, Vorgehen und Beteiligte	37
4.2. Mögliche Datenquellen	38
5. Thematische Kennzahlsätze	41
5.1. Beispiel: Bildung von jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf	41
5.2. Indikatoren gestützte Darstellung bildungsbiografischer Übergänge – Beispiel: Von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung.....	45
6. Tipps für grafische Aufbereitung und Präsentation	51
7. Anhang	57
7.1. Datentableau für regionale Bildungsdaten im Bereich der sonderpädagogischen Förderung.....	57
7.2. Kern- und Ergänzungsindikatoren zur Beschreibung des Übergangs von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung	61
8. Literaturhinweise	64
8.1. Linkliste	64
8.2. Literatur	69

Einleitung

Im Rahmen des Impulsprogramms Bildungsregionen unterstützt das Land Baden-Württemberg seit 2009 interessierte Stadt- und Landkreise bei der Einrichtung von Bildungsregionen. Die Idee der Bildungsregionen wird von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis getragen, das formale, nonformale und informelle Bildungsräume integriert und auf diese Weise die verschiedenen Lern- und Lebenswelten der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in einer Region näher zusammenbringt. Auf der Basis eines regionalen Bildungsverständnisses bündeln die vielfältigen Akteure vor Ort ihre jeweiligen Erfahrungen und Kompetenzen, verschränken ihre fachlichen Perspektiven, stimmen ihre Angebote aufeinander ab und begleiten Kinder, Jugendliche und Erwachsene ganzheitlicher durch ihre Bildungsbiografie. Die Entwicklung eines Stadt- bzw. Landkreises zur Bildungsregion steht auch im Zusammenhang mit einer strategischen Regionalplanung und -entwicklung.

Die vorliegende Ausarbeitung richtet sich in erster Linie an die Regionalen Bildungsbüros als die koordinierende geschäftsführende Einheit vor Ort, die die vielfältigen Vorhaben bündelt und die regionalen Akteure zusammenbringt. In verschiedener Weise sind die Regionalen Bildungsbüros in Planungsprozesse eingebunden, die sich auf die regionale Koordination bildungsrelevanter Aktivitäten beziehen. In vielen Bildungsregionen Baden-Württembergs gehört die Erstellung eines regionalen Bildungsberichts zu ihrem Arbeitsauftrag. Inzwischen liegt in Baden-Württemberg, aber auch in andern Bundesländern eine Vielzahl von regionalen Bildungsberichten vor. Neben umfangreichen regionalen Bildungsberichten entstehen aber auch weitere bildungsrelevante Berichte wie etwa Sozialberichte oder Jugendhilfeberichte. Die verschiedenen Berichte stehen dabei oftmals eher unverbunden nebeneinander. Bei der Durchsicht der verschiedenen Berichte fällt auf, in welchen unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen sie entstanden sind und wie groß die Bandbreite an grundsätzlichen Herangehensweisen und Begrifflichkeiten, inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und grafischer Aufbereitung ist.

Die vorliegende Ausarbeitung stellt den Versuch dar, die unterschiedlichen Entwicklungslinien aufzugreifen und schlaglichtartig zu betrachten. Sie ist als Unterstützung für die Regionalen Bildungsbüros gedacht und erhebt nicht den Anspruch, die Thematik in ihrer Komplexität umfassend zu behandeln. Vielmehr zeigt sie beispielhaft auf, wie Bildungsregionen datenbasiert planen können und welche zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen dafür jeweils benötigt werden. Die folgenden Kapitel geben einen Einblick in aktuelle Fragen der regionalen Bildungsberichterstattung und mögliche daraus abgeleitete Vorgehensweisen. Anhand von praktischen Beispielen aus mehreren Bildungsregionen werden diese grundsätzlichen Überlegungen anschaulich dargestellt. So wird beispielsweise exemplarisch deutlich, wie Bildungsregionen relevante Daten gewinnen und mit Hilfe empirischer Erhebungen ihre Aktivitäten evidenzbasiert planen können. An den Themenbereichen Bildung von jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie Übergang von allgemein bildenden Schulen in die berufliche Ausbildung wird exemplarisch deutlich, wie mit thematischen Kennzahlensätzen umgegangen werden kann. Bildungsregionen, die ihre Arbeit auf eine empirische Basis stellen und die regionale Bildungssituation systematisch erfassen möchten, können sich von der vorliegenden Ausarbeitung anregen lassen.

Stuttgart im Mai 2011

1. Kommunale Rahmenbedingungen datenbasierter Planung in Bildungsregionen – Oder: Man muss nicht „Datenlos zusehen“

Regionale Bildungsbüros sind in vielfältiger Weise in Planungsprozesse eingebunden, initiieren und/oder begleiten diese. Es gilt Schwerpunktbereiche festzulegen, Arbeitsfelder abzustechen und hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Ressourcen realisierbare Projekte auf den Weg zu bringen. Für diese Planungsprozesse ist es hilfreich, auf entsprechende Daten zurückgreifen zu können - eben "datenbasiert" zu planen. Zum Teil liegen für die Arbeit vor Ort schon aussagekräftige Daten vor, in anderen Fällen müssen sie zielgerichtet neu erhoben werden.

In diesem Kontext widmet sich dieses Eingangskapitel den regional sehr unterschiedlichen kommunalen Rahmenbedingungen Regionaler Bildungsbüros bei der datenbasierten Planung. Zu diesem Zweck werden wir auf Sachverhalte und Entwicklungslinien aufmerksam machen, die die Arbeit der Bildungsbüros in diesem Bereich unter Umständen maßgeblich mitbestimmen.

Entsprechend der Fülle kommunaler Aufgaben findet sich bei den Kommunen auch eine Vielzahl von unterschiedlichen fachbezogenen Planungen mit entsprechenden Datensätzen, die sehr häufig bereits in aufbereiteter Berichtsform vorliegen. Jugendhilfepläne, Integrations-, Armuts-, Schulberichte oder Schulentwicklungspläne seien beispielhaft genannt. Zum Teil entstehen diese datenbasierten Planungen, Ist-Stands-Berichte, Prognosen etc. kurzfristig anlassbezogen, andere ergeben sich aus gesetzlicher Zuständigkeit und erfolgen regelmäßig.

Für die Bildungsbüros bedeutet dies, dass schon allein die ressortübergreifende Sammlung und Durchsicht bestehender Erhebungen und Beschreibungen wertvolle Hinweise auf möglichen Handlungsbedarf und Vernetzungsmöglichkeiten geben kann.

Durchsicht bestehender Erhebungen und Beschreibungen:

- Jugendhilfepläne
- Schulentwicklungspläne
- Integrationsberichte
- Armutsberichte
- Schulberichte

In den letzten Jahren zeichnet sich bereits bei diesem sehr fach-, bzw. Fachressort bezogenem Material ein wachsender Anspruch an das zu Grunde gelegte Datenmaterial ab.

Diese wachsenden Ansprüche resultieren insbesondere aus folgenden Überlegungen:

Fortschreibbarkeit der Berichte

Viele derzeit vorliegende Berichte zu unterschiedlichen Themen sind als singuläre Beschreibungen des jeweiligen Ist-Zustandes angelegt. Um jedoch Aussagen über Veränderungen, langfristige Trends und auch Wirkungen veranlasster Maßnahmen machen zu können, benötigt man Zeitreihen. Diese wiederum erfordern Daten, die verlässlich längerfristig jeweils aktualisiert zur Verfügung stehen und durch einen vertretbaren Ressourceneinsatz regelmäßig zusammengeführt und ausgewertet werden können. Zahlreiche derzeit vorliegende Untersuchungen stammen aus kurzfristig finanzierbaren (z. B. aus Bundesprogrammen) Kontexten, lieferten mit Sicherheit sehr interessante Ergebnisse, lassen sich jedoch aufgrund fehlender Ressourcen oft zukünftig nicht mehr weiter fortschreiben und verlieren dadurch schnell an Aussagekraft.

Vergleichbarkeit

Informationen zu regionalen Befunden entfalten ihre volle Aussagekraft erst, wenn es möglich ist, sie auch in Beziehung zu Ergebnissen in anderen Gebietskörperschaften zu setzen, etwa hinsichtlich der Frage, was die Ergebnisse in Beziehung zum Land, zu Nachbar-, oder vergleichbaren Kommunen bedeuten.

Dies setzt eine Abstimmung über aussagekräftige Daten und deren genaue Definition voraus. Auf der Seite der Akteure, die Daten erheben und zusammenführen, bedeutet dies, sich im Vorfeld detailliert über bereits bestehende Systematiken, an die man sich anschließen kann zu informieren.

Anschlussfähigkeit

Ein differenziertes Gesamtbild einer Situation ergibt sich in der Regel erst durch die Zusammenführung einzelner Sachthemen. In der Praxis zeigt sich hierbei immer wieder, dass viele vorliegende Berichtssysteme (sowohl auf kommunaler Seite als auch von externen Anbietern) zwar fachimmanent schlüssig, aber nur schwer an andere Berichtssysteme anschlussfähig sind. Dies betrifft z. B. unterschiedliche Erhebungszeiträume, unterschiedliche Grundgesamtheiten (z. B. in Baden-Württemberg die 24 Bezirke der Arbeitsverwaltung oder die 12 Kammerbezirke der IHK) und insbesondere eine unterschiedliche Definition und Verwendung von Begriffen – die vielfältigen Definitionsvarianten in denen der Begriff Migrationshintergrund in Erscheinung tritt, seien beispielhaft genannt).¹

¹ Es gibt unterschiedliche Definitionen des Begriffs. Der Mikrozensus bspw. sieht einen Migrationshintergrund bei Personen gegeben, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, die über die Grenzen Deutschlands zugewandert sind (sofern sie nicht eindeutig als Flüchtlinge und Vertriebene während und nach dem Zweiten Weltkrieg zu identifizieren sind) sowie bei Personen mit mindestens einem ausländischen, zugewanderten oder eingebürgerten Elternteil. Die Kultusministerkonferenz hat sich dagegen auf einen Begriff verständigt, der von einem Migrationshintergrund ausgeht, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft: keine deutsche Staatsangehörigkeit, nichtdeutsches Geburtsland, nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld (auch wenn der/die Schüler/in die deutsche Sprache beherrscht). Vergl. dazu http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Defkat2008_2_m_Anlagen.pdf.

Der Prozess einer besseren Abstimmung unterschiedlicher Berichtssysteme ist in vielen Bereichen im Gange, aber bei weitem noch nicht abgeschlossen. Für die Bildungsbüros bedeutet dies, dass man in der Regel nicht davon ausgehen kann, dass sich Berichte aus unterschiedlichen Quellen unkompliziert und sinnvoll ergänzen. In jedem Fall ist im Vorfeld eine genaue Prüfung der zu Grunde gelegten Erhebungsgebiete, Zeiträume und Definitionen notwendig.

In fachlichen Einzelbereichen werden darüber hinaus zunehmend kleinräumige Daten benötigt und in speziellen Fällen detaillierte und aufwendige Bevölkerungsvorausrechnungen. Beispielhaft sei der Bereich der Schulentwicklungsplanung erwähnt, der unter anderem durch vielfältig bedingte schwer kalkulierbare Wanderungsbewegungen vor der schweren Aufgabe steht, unter anderem verlässliche Angaben über das zukünftig benötigte Schulraumangebot zu liefern. Je nach kommunaler Größe und Struktur sind derlei Arbeiten zum Teil nicht mehr vor Ort, sondern nur noch durch den Einbezug externer Partner realisierbar.

Den Punkt der Anschlussfähigkeit greifen wir auf, um auf eine weitere Entwicklung aufmerksam zu machen. Die Notwendigkeit fachübergreifend zu denken und zu arbeiten ist nicht nur ein Kerngedanke der Bildungsregionen, sondern ist als solche evident. Selbstverständlich hat z. B. der Ausbau von Ganztagesangeboten Auswirkungen auf die Taktzeiten der Busse und Bahnen, auf Öffnungszeiten von Bädern und Museen, auf Angebote außerschulischer Bildungsangebote auf das Einzugsgebiet der Schule, um mit nur wenigen Beispielen die Thematik anzureißen.

Auf struktureller Ebene findet sich in diesem Zusammenhang zunehmend der Trend zur integrierten Planung – häufig realisiert durch situativ oder auch dauerhaft eingerichtete fachlich unterschiedlich besetzte Arbeitsgruppen, die je nach Bedarf thematisch um externe Akteure erweitert werden.

Auf der Ebene der Berichte findet dieses Vorgehen seinen Niederschlag in der Form der sogenannten integrierten Berichterstattung, bei der Befunde unterschiedlicher Fachbereiche in einem Bericht sinnvoll kombiniert werden. Im Kontext der Stadt- und Regionalentwicklung, aber auch im Bildungsbereich findet sich z. B. häufig die Kopplung von Bildungs- und Sozialdaten.

Exkurs: Sozialindex für Schulen²

Schulen sind nur bedingt untereinander vergleichbar. Je nach Einzugsbereich kann sich die Schülerschaft, auch und gerade vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lernvoraussetzungen und Lernbedingungen im außerschulischen Umfeld, sehr unterschiedlich zusammensetzen. Unter anderem im Kontext von Schulleistungsuntersuchungen werden in diesem Kontext immer wieder „faire Vergleiche“ gefordert. Begriffe wie „bildungsnahe“ und „bildungsfern“ sind in diesem Zusammenhang „en vogue“, auch wenn sie selten definiert werden. Eine Möglichkeit, Fairness beim Vergleich zwischen Schulen herzustellen, besteht in der Erfassung von Sozialdaten der Schülerschaft und einer anschließenden Gruppierung in einem Sozialindex oder auch – weniger glücklich – „Belastungsindex“ genannt. In nationalen und internationalen Schulleistungsstudien übliche Indizes zur Differenzierung des sozialen Hintergrunds sind etwa die ISEI-Klassifizierung³ oder die EGP-Klassen⁴ als Indikator für die soziale Herkunft.

Neben faireren Vergleichen bietet ein solches Vorgehen für die staatlichen und kommunalen Stellen, die mit Schule befasst sind, auch die Möglichkeit einer gezielteren (nicht nur finanziellen) Förderung von Schulen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten.

An dieser Stelle kann nicht im Detail auf die umfangreichen theoretischen Ansätze und methodischen Ausgestaltung eingegangen werden. Im Wesentlichen können jedoch drei Vorgehensweisen unterschieden werden.

Seinen Anfang nahm die praktische Umsetzung unter anderem bei der KESS Studie in Hamburg (Kompetenzen und Einstellungen von Schüler/innen). In den Index gingen seinerzeit

z. B. Angaben zum ökonomischen Kapital, zum kulturellen Kapital (Buchbestand etc.), zum Migrationshintergrund und zum sozialen Kapital (z. B. Unterstützung durch die Eltern) ein. Die Erhebungen waren und sind sehr umfangreich und entsprechend kostenintensiv. Festzuhalten ist, dass sich deutliche Zusammenhänge zwischen Schulleistungen und der Indizierung nachweisen lassen. Ein an die regionalen Bedingungen angepasstes Vorgehen findet sich auch im ersten Dortmunder Bildungsbericht⁵ der sechs Typisierungen von Schulen unterscheidet (das Spektrum reicht von „kumulativ privilegiert“ bis „kumulativ benachteiligt“).

Neben der Indizierung der Schülerzusammensetzung von Schulen auf Grundlage der Erhebung von Individualdaten ist es auch möglich, den Sozialindex auf Basis von Referenzbefragung an Schulen zu konstruieren. Ausgehend von den Erkenntnissen aus Hamburg wurde dieses Verfahren vom Institut für Schulentwicklungsforschung Dortmund (IFS) in Zusam-

² Eine Zusammenfassung aktueller Entwicklungen und detaillierte Berechnungsbeispiele finden sich u. a. in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Bildungsforschung Band 31. Zur Konstruktion von Sozialindizes. Ein Beitrag zur Analyse sozialräumlicher Benachteiligung von Schulen als Voraussetzung für qualitative Schulentwicklung. Bonn, Berlin Februar 2010.

Download unter: http://www.bmbf.de/pub/bildungsforschung_band_einunddreissig.pdf.

³ International Socio-Economic Index of Occupational Status. Je höher der Wert, desto höher ist der sozioökonomische Status

⁴ Erikson-Goldthorpe-Portocarero-Klassen; EGP-Klasse I umfasst die "oberste Dienstleistungsklasse", EGP-Klasse VII "ungelernte Arbeiter"

⁵ Stadt Dortmund. Der Oberbürgermeister (Hrsg.): Erster kommunaler Bildungsbericht für die Schulstadt Dortmund. Münster: 2008

menarbeit mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen entwickelt. In diesem Vorgehen können sich Schulen vorher definierten Schultypen zuordnen. Kriterien sind auch hier z. B. der Anteil der Schüler/innen mit Migrationshintergrund, der soziale Status der Eltern (festgemacht an der Anzahl der Eltern, die den gesetzlichen Eigenanteil im Rahmen der Lernmittelfreiheit nicht aufbringen können und dabei auf die Hilfe des Sozialamtes angewiesen sind), der Bildungshintergrund der Eltern und das Wohnumfeld der Schüler/innen.

Relativ neu sind Vorgehensweisen (in der Regel im Projektstatus), die bei der Indexkonstruktion auf die Daten der amtlichen Schulstatistik zurückgreifen (z. B. Migrantanteil, Nichtversetztenanteil etc.) oder den Schwerpunkt auf den Sozialraum legen und also nicht Schüler/innen, sondern das Einzugsgebiet der Schule typisieren (Nichtdeutschenanteil, Arbeitslosenzahlen etc.). Im Vergleich mit den Ergebnissen der aufwändigen Erhebung von Individualdaten zeigt sich hierbei interessanterweise, dass allein die Dichte von SGB II Empfängern am Schulstandort eine hohe Aussagekraft hat. Selbstverständlich ist auch die Kombination von räumlichen und schulbezogenen Daten zielführend.

Insgesamt bestimmen auch in diesem Themenbereich die Trends zur Kleinräumigkeit (Schuleinzugsbezirk), zur Kombination von schul- und sozialbezogenen Daten und zur Verwendung von bereits vorliegender bzw. leicht zu ermittelnder Daten die Arbeiten.

Die Entwicklung zur integrierten Planung und ggf. Berichterstattung ist in den Stadt- und Landkreisen sehr unterschiedlich weit fortgeschritten. Sie reicht von anlassbezogener verstärkter Zusammenarbeit (z. B. der Bereiche Schule und Jugendhilfe) bis zur bereits erfolgten Strukturänderung in einzelnen Kommunalverwaltungen durch Zusammenlegung seither getrennter Fachbereiche.

Darüber hinaus lässt sich insbesondere im städtischen Raum der deutliche Trend der Erweiterung des „Fachbezuges“ durch den „Raumbezug“ erkennen. Konkret werden fachliche Einzeldaten (z. B. Bildung, Sozialdaten etc.) nicht nur zueinander in Beziehung gesetzt, sondern auch wieder auf einen vorab konkret definierten Lebens- bzw. Sozialraum (z. B. Quartier) rückbezogen. Beispiele hierzu finden sich zum Teil auch in den bereits vorliegenden regionalen Bildungsberichten. Ein solches Vorgehen, welches beim Lebensraum der Menschen, für die geplant wird, ansetzt, bietet zahlreiche Handlungsmöglichkeiten und schafft auch die Voraussetzung für eine gezielte, fachübergreifend abgestimmte Förderung. Allerdings muss auch darauf hingewiesen werden, dass ein solches Vorgehen zahlreiche Voraussetzungen mit sich bringt, die mit Sicherheit nicht überall erfüllt bzw. erfüllbar sind. Auf den Umstand, dass komplexe Maßnahmen, die aus solchen Planungen resultieren, anders und in der Regel aufwändiger zu evaluieren sind als Einzelmaßnahmen, sei ergänzend hingewiesen.

Eine kurze und gut lesbare Darstellung dieser Betrachtungsweise und deren organisatorisch notwendigen Grundlagen findet sich u. a. im „Handbuch zur Sozialraumorientierung – Grundlage der integrierten Stadt(teil)entwicklung Berlin“⁶. Interessanterweise werden als Grundlage dort auch zahlreiche Aspekte benannt, die die Arbeit in und von Bildungsregionen auszeichnen.

Der dort skizzierte mögliche Stand einer integrierten sozialraumorientierten Planung, die auf einen gemeinsamen Datenpool zugreifen kann, der sich wiederum aus unterschiedlichen Fachbereichen speist und dessen Erhebungsmerkmale und Zeiträume auf einander abgestimmt sind, stellt einen angestrebten Idealzustand dar. Viele Kommunen verfolgen diesen Weg ihren eigenen Möglichkeiten entsprechend.

Wir weisen auf diese Entwicklungen im Kontext der vorliegenden Ausführungen deshalb hin, da das Maß an bereits erfolgter Integration kommunaler Planung ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Arbeit des Bildungsbüros insgesamt ist (angefangen bei der Frage, an welcher Stelle der Kommunalstruktur das Büro verortet ist), aber auch die Zugänglichkeit von Daten, die das Bildungsbüro benötigt, beeinflusst.

Die Möglichkeiten eines Bildungsbüros im Planungsbereich werden also wesentlich von den kommunalen Strukturen mitbestimmt.

Andererseits kann selbstverständlich die fachübergreifend angelegte Arbeit des Bildungsbüros auch Impulse für eine weitere sinnvolle Vernetzung innerhalb der Verwaltungsstruktur geben, bzw. dort vorhandene Ansätze aufgreifen, unterstützen und sinnvoll weiterführen.

Nach dieser kurzen Skizzierung einiger für die Bildungsbüros wesentlicher Entwicklungen im kommunalen Bereich wenden wir uns vor dem Hintergrund verstärkter regionaler Bildungsberichterstattung im zweiten Kapitel den wesentlichen Entwicklungslinien im Bereich Bildungsmonitoring zu. Auch dieses Thema ist noch recht jung, es zeichnen sich jedoch auch hier bereits deutliche Entwicklungstrends ab, die – um anschlussfähig zu sein –, bei der eventuellen Arbeit an einem eigenen regionalen Bildungsbericht bekannt sein sollten.

⁶ Vergl.

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/rahmenstrategie/download/SFS_Handbuch_RZ_screen.pdf.

2. Bildungsberichterstattung

Das folgende Kapitel führt in die Hintergründe der Bildungsberichterstattung ein, zeichnet relevante bildungspolitische und theoretische Entwicklungslinien nach und gibt eine Einführung in die wichtigsten Begrifflichkeiten in diesem Zusammenhang. Ein schlaglichtartiger Ausblick auf die Bundes-, Landes- und kommunale Ebene der Bildungsberichterstattung zeigt die vielfältigen Möglichkeiten und Chancen auf. Besondere Erwähnung findet der "Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings", eine Arbeit unter dem Dach des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Hinweise zu einigen grundsätzlichen und speziellen Fragestellungen runden das Kapitel ab.

2.1. Hintergrund

Bildungsberichte erheben den Anspruch, eine regelmäßige und aktualisierte Gesamtbetrachtung des Bildungsgeschehens in einer Region zu ermöglichen. Sie richten sich an eine interessierte Öffentlichkeit im Allgemeinen, in besonderer Weise jedoch an Entscheidungsträger in Politik und Administration. Mittels einer systematischen Erfassung und Aufbereitung von Daten aus sämtlichen Bildungsbereichen soll das Bildungsgeschehen transparenter gemacht werden. Die Berichte liefern damit die Grundlage für eine sachliche, auf Fakten gründende Analyse und Diskussion.

Bildungspolitischer Kontext der Bildungsberichterstattung

Die Bildungsberichterstattung ist als Teil eines seit einigen Jahren in allen Bundesländern aufgebauten umfassenden Bildungsmonitorings⁷ zu verstehen. Hierzu zählen der in zweijährigem Turnus erscheinende nationale Bildungsbericht sowie die in Bildungsberichten aufbereiteten statistischen Erhebungen zum Bildungsgeschehen auf Länderebene. Der nationale Bericht liefert neben einer Gesamtschau für das Bundesgebiet Referenzwerte für den Vergleich der Bundesländer untereinander.

Weitere Bausteine des Gesamtkonzepts Bildungsmonitoring sind die auf nationaler und internationaler Ebene regelmäßig erfolgenden Schulleistungsuntersuchungen (z. B. PISA, TIMSS, IGLU), die Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards im Bundesländervergleich sowie die landeseinheitlichen Vergleichsarbeiten zur Überprüfungen des Kompetenzerwerbs der einzelnen Schüler/innen (VERA und DVA). Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die seit dem Schuljahr 2007/08 in Baden-Württemberg sukzessive eingeführten Verfahren der Selbst- und Fremdevaluation, welche auf eine Weiterentwicklung der Qualität von Schule und Unterricht abzielen.

Bildungsberichte haben dabei die zusätzliche Funktion, vorliegende Daten systematisch zusammenzufassen und zu Informationen aufzubereiten, die für Handelnde in Bildungspolitik und -verwaltung als Entscheidungsgrundlage nutzbar sind. Die Berichterstattung kann auf

⁷ Vergl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz zum Bildungsmonitoring. 2006. (verfügbar unter http://www.kmk.org/no_cache/bildung-schule/qualitaetssicherung-in-schulen/bildungsmonitoring/ueberblick-gesamtstrategie-zum-bildungsmonitoring.html?sword_list%5B0%5D=bildungsmonitoring).

der Grundlage evidenter und objektiver Daten verdeutlichen, in welchen Bereichen Veränderungsbedarf besteht und wo Gestaltungsspielräume gegeben sind. Als Element der Qualitätssicherung bilden die Berichte nicht nur die aktuelle Leistungsfähigkeit des Bildungswesens einer Region ab, sondern sind auch als prognostisches Instrument dafür geeignet, sich abzeichnende negative Entwicklungen im Vorfeld zu erkennen und geeignete Reaktionsstrategien zu entwickeln.

Stefan Schmutz, Abteilungsleiter Bildungsplanung/Schulentwicklung und Leiter der Arbeitsgruppe „Indikatoren für Bildungserfolg“ in Mannheim kommentiert das folgendermaßen:

"Zum besseren Verständnis für die Relevanz und den Zeitgeist eines kommunalen Bildungsberichtes bzw. eines indikatorengestützten bildungspolitischen Steuerungssystems dient die nachfolgende theoretische Herleitung und einfürend, die folgenden drei Aussagen:

- *If you can't measure it, you can't manage it oder „Eine bildungspolitische Diskussion kann ohne ein Gerüst verlässlicher `Grunddaten` nicht sachbezogen geführt werden“.*⁸
- *Die Finanzknappheit öffentlicher Haushalte führt zu einem fiskalischen Verteilungsschlüssel der Ressourcen, der stark normativ geprägt. Dies führt nicht selten zu einer Fehlallokation der Mittel und gleichermaßen zu einer ineffizienten Steuerung.*⁹
- *Inwieweit die Reformen und Interventionen im Bildungssystem erfolgreich sind, lässt sich nur durch aussagefähige Daten einer indikatorengestützten Bildungsberichterstattung abbilden.*¹⁰

Diese drei Aussagen sind Zeugnis der „empirischen Wende“ im Bildungsbereich. Der Paradigmenwechsel versteht sich als Reaktion auf Rankings, Ergebnisse und Befunde der internationalen Leistungsvergleichstudien wie TIMSS (1997) und PISA (2000, 2003, 2006)."

Merkmale von Bildungsberichten

Bildungsberichte basieren grundsätzlich auf neutralen, sich an objektiven Sachverhalten orientierende Darstellungen. Zwar liefern sie Hilfen zur Interpretation und zum Verständnis der berichteten Befunde, verzichten jedoch explizit auf Handlungsempfehlungen. Die politische und normative Bewertung, ebenso wie das Ableiten von Konsequenzen, sind dem öffentlichen und politischen Diskurs vorbehalten.

Um dem Ziel eines zuverlässigen Monitoring des Bildungssystems gerecht zu werden, verwendet die Bildungsberichterstattung nur aktuelle und jährlich fortschreibbare Daten. Dieses Vorgehen ermöglicht es, Entwicklungen in ihrem zeitlichen Verlauf aufzuzeigen, Trends zu erkennen und aktuelle Sachverhalte vor dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklung zu interpretieren. Die Bildungsberichterstattung informiert über die Voraussetzungen, Verlaufsmarkkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen. Dabei nimmt sie einerseits die

⁸ Bundesministerium für Bildung und Forschung: Grund- und Strukturdaten 2007/2008, Daten zur Bildung in Deutschland. Bonn, Berlin 2008. S.1.

⁹ Wolter, Stefan C.; Kull, Miriam: Bildungsbericht Schweiz 2006 – Grundlagen für die Systemsteuerung. In: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik 1/2-2007. St. Gallen 2007. S.15-18.

¹⁰ Storm, Andreas: Wissen für Handeln – Die politischen Herausforderungen. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Wissen für Handeln – Forschungsstrategien für eine evidenzbasierte Bildungsberichterstattung. Berlin 2008. S. 6.

institutionellen Rahmenbedingungen in den Blick, orientieren sich andererseits aber auch an den individuenbezogenen Zielen von Bildung.

Idealtypisch verfolgt ein Bildungsbericht die Leitidee der Bildung im Lebenslauf. Neben der schulischen Bildung sollen auch die dieser Lebensspanne vorangehenden Lernfelder – der Bereich der frühkindlichen Bildung – und die sich anschließenden Bildungsprozesse – die Weiterbildung – untersucht werden. Wie im nationalen Bildungsbericht umgesetzt, sollte sich die Bildungsberichterstattung an einem Bildungsverständnis orientieren, das durch Stärkung der individuellen Regulationsfähigkeit, Erhöhung von Chancengleichheit und Förderung der Humanressourcen charakterisiert ist. Bildungsberichterstattung sollte zudem indikatorengestützt erfolgen. Indikatoren sind dabei als statistische Kennwerte zu verstehen, die sich aus mehreren Einzelwerten zusammensetzen und die es ermöglichen, auch komplexe Zusammenhänge in Bildungssystemen zu beschreiben¹¹.

Stefan Schmutz, Abteilungsleiter Bildungsplanung/Schulentwicklung und Leiter der Arbeitsgruppe „Indikatoren für Bildungserfolg“ in Mannheim, bemerkt dazu:

"Bildungsberichterstattung ist nicht Schulberichterstattung und beinhaltet demzufolge weitaus mehr als ausschließlich schulspezifische Informationen. Ein kurzer Blick in die Bildungsberichte für Deutschland aus den Jahren 2006 und 2008, zeigt augenscheinlich, dass „schulische“ Bildung lediglich ein Kapitel von vielen ist.¹² Mit anderen Worten, Bildungsberichte haben den Anspruch den Prozess des lebenslangen Lernen sowohl in formalen, informellen und non-formalen Lernwelten systematisch abzubilden."

Mit der Bildungsberichterstattung ist intendiert, evidenzbasierte Aussagen über das Bildungswesen in einer Region treffen zu können und diese als empirisch gesicherte Grundlage für politisch-administrative Entscheidungen heranzuziehen. Der Erstellungsprozess ist deshalb mit einem hohen Maß an Verantwortlichkeit in Bezug auf die Qualität des verwendeten Datenmaterials verbunden. Um die Effektivität des Bildungssystems objektiv analysieren zu können, dürfen nur valide, aus seriösen Quellen stammende und kontinuierlich fortgeschriebene Daten aufgenommen werden.

Die Bildungsberichterstattung in Deutschland blickt zwar erst auf eine kurze Tradition zurück, ihre Entstehung wurde jedoch durch Entwicklungen beeinflusst, die bereits in den 1970er Jahren begannen.

¹¹ Vergl. hierzu ausführlich: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010, S. 1f.

¹² Konsortium für Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006.

Bildungsberichterstattung auf internationaler Ebene

Im Jahre 1992 veröffentlichte die OECD erstmals die Studie "Bildung auf einen Blick" („Education at a Glance“), eine Erfassung und Darstellung vergleichender Statistiken und Indikatoren im Bereich der Bildung. Seither wird die Studie jährlich erstellt und in der Regel im September publiziert.

Inzwischen haben zahlreiche Länder Bildungsberichte erstellt, etwa die USA, Kanada und Frankreich, die sich auf die Darstellung bildungsstatistischer Kennzahlen ähnlich dem OECD-Bericht konzentrieren. Bei anderen Ländern, wie den Niederlanden und England, konzentriert sich die Bildungsberichterstattung auf die Qualität von Schule und Unterricht und ist im Kontext der dortigen Schulinspektion zu sehen. Die Schweiz hat bereits zwei Bildungsberichte veröffentlicht, zuletzt im Jahr 2009. Ebenfalls in diesem Jahr erschien der erste Bildungsbericht Österreichs.

Bildungsberichterstattung auf Bundesebene

Auf nationaler Ebene legte der Deutsche Bildungsrat 1975 den „Bericht ´75 – Entwicklungen im Bildungswesen“ vor, der als Vorläufer einer umfassenden Bildungsberichterstattung gesehen werden kann. Vergleichbare Berichte hat es danach lange Zeit nicht mehr gegeben. Dafür entstanden in bestimmten Zeitabschnitten regelmäßig aktualisierte Dokumentationen wie die „Grund- und Strukturdaten“, die jährlich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) herausgegeben werden. In diese Reihe zu stellen ist auch die von der Kultusministerkonferenz (KMK) herausgegebene Analyse „Schule in Deutschland – Zahlen, Fakten, Analysen“. Sie präsentiert eine ausgewählte Sammlung länderspezifischer kommentierter Schuldaten. In diesem Kontext sind noch der von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung herausgegebene Bildungsfinanzbericht und der ebenfalls jährlich erscheinende Berufsbildungsbericht zu nennen.

Es waren unter anderem die internationalen Schulleistungsstudien (TIMSS, PISA, IGLU) und die Bildungsberichterstattung der OECD, die auf folgende Aspekte des deutschen Bildungssystems aufmerksam machten:

- Im internationalen Vergleich werden in Deutschland nur durchschnittliche Schulleistungen erzielt.
- Migrant/innen und Schüler/innen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status der Eltern zeigen schwächere Leistung.
- Es gibt eine erhebliche Streubreite zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken Schüler/innen.
- Es gibt erhebliche Überschneidungsräume zwischen den Schularten.

Auf diese ernüchternden Ergebnisse folgten auf Bundes-, Länder- und regionaler Ebene unterschiedliche Reaktionen.

Auf Bundesebene wurde als erste Konsequenz aus den PISA Ergebnissen 2001 von der Kultusministerkonferenz ein Maßnahmenbündel beschlossen, welches auch Maßnahmen zur konsequenten Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards sowie eine ergebnisorientierte Evaluation umfasst.¹³

Über das deutsche Bildungswesen als Ganzes lag eine Vielzahl von Einzelinformationen vor, eine systematische Gesamtschau fehlte jedoch lange Zeit. Vor diesem Hintergrund beschloss die Kultusministerkonferenz im Jahr 2002, regelmäßig einen Bericht über wichtige Daten und Entwicklungen im deutschen Bildungswesen vorzulegen. Hierzu heißt es:

*„Der Bericht soll zum einen als Basis für die weitere Bildungsplanung dienen und zum anderen die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand und die Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland informieren“.*¹⁴

Ein unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) beauftragtes Konsortium legte im September 2003 seine Ergebnisse unter dem Titel "Bildungsbericht für Deutschland, Erste Befunde" vor.

Vier Jahre später, 2006, legte die KMK in der „Gesamtkonzeption für Maßnahmen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems und der Schulen“ folgende miteinander verbundene Instrumente für die gemeinsame Beobachtung des Bildungssystems (Bildungsmonitoring) fest:

- *„... internationale Schulleistungsuntersuchungen*
- *die zentrale Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards in einem Ländervergleich*
- *Vergleichsarbeiten zur landesweiten Überprüfung der Leistungsfähigkeit einzelner Schulen*
- *die gemeinsame Bildungsberichterstattung von Bund und Ländern“*¹⁵

Nationale Bildungsberichte erschienen 2006, 2008 und 2010; weitere sind in zweijährigem Abstand geplant.

Seit dem Jahr 2006 werden die an die OECD gelieferten und für das Bundesgebiet geltenden Daten für die Studie "Education at a Glance" von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auf Länderebene aufbereitet und in der Gemeinschaftspublikation "Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich" jährlich veröffentlicht. Durch den damit ermöglichten Vergleich der Bundesländer untereinander soll die Steuerungsrelevanz der berichteten Indikatoren im föderal gegliederten deutschen Bildungswesen erhöht werden.

¹³ <http://www.kmk.org/index.php?id=1032&type=123>.

¹⁴ <http://www.kmk.org/presse-und-aktuelles/pm2002/ergebnisse-der-298-plenarsitzung.html>.

¹⁵ <http://www.kmk.org/index.php?id=687&type=123>.

Bildungsberichterstattung auf Landesebene

Im Jahr 2006 veröffentlichte Bayern den ersten Bildungsbericht eines Bundeslandes. Inzwischen haben zehn Bundesländer Berichte erstellt, teilweise schon zum zweiten Mal. Sie sind in der Regel indikatorengestützt und orientieren sich an der Struktur des nationalen Bildungsberichts. Den ersten Bericht für Baden-Württemberg publizierte das Landesinstitut für Schulentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt im Jahr 2007. Der zweite Landesbildungsbericht wird 2011 erscheinen.

Bildungsberichterstattung auf kommunaler Ebene

Auf der Ebene der Städte und Kommunen hob der Deutsche Städtetag in seiner „Aachener Erklärung“ 2007 die Bedeutung der kommunalen Ebene als Ausgangspunkt für die Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen hervor. Dort heißt es:

„Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit einer Region gelegt. Die Städte prägen mit ihren vielfältigen Einrichtungen die Bildungslandschaft Deutschlands: Kindertagesstätten, Familienzentren, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Schulen, Volkshochschulen und zahlreiche Kultureinrichtungen sind Eckpfeiler der öffentlichen Infrastruktur in der Bildung [...] Leitbild des Engagements der Städte ist die kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung.“¹⁶

Als Hauptmerkmale einer kommunalen Bildungslandschaft werden bereits an dieser Stelle einige Aspekte benannt, die derzeit auch das Impulsprogramm Bildungsregionen prägen:

- Individuelle Potentiale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft etc.
- Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.
- Übergänge werden nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ ermöglicht und gestaltet.
- Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.

Explizit wird auch das Thema Bildungsmonitoring benannt. Hierzu heißt es:

„Als Grundlage für regionale Steuerung und Qualitätssicherung sollte ein umfassendes Bildungsmonitoring als integriertes Berichtswesen von Bildungsverläufen vor Ort gemeinsam von Kommunen und Ländern entwickelt werden.“¹⁷

¹⁶ Deutscher Städtetag: Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007. Aachen 2007.

¹⁷ Ebd.

Insbesondere der Begriff des integrierten Berichtswesens macht auf die komplexen Steuerungsaufgaben auf kommunaler Seite aufmerksam – Schulentwicklung, Jugendhilfe und die Planung der Kinderbetreuung seien beispielhaft genannt.

Bundesweit sind inzwischen auch einzelne Kommunen in die Bildungsberichterstattung eingestiegen und legten in unterschiedlichen Zusammenhängen erste Bildungsberichte vor, deren Grundkonzeption zum Teil der Bildungsberichterstattung auf Bundesebene entsprach zum Teil aber auch eigene Konzeptionen aufwies (z. B. Düsseldorf). Solche kommunalen Berichte bieten die Möglichkeit, kleinräumige Analysen zu erstellen und regionale Spezifika in den Blick zu nehmen. Beispielhaft für Baden-Württemberg sind hier die Bildungsberichte der Städte Freiburg, Ravensburg, Mannheim, Heilbronn, Schwäbisch Gmünd und zuletzt der Ostalbkreis und Zollernalbkreis zu nennen.

Kommunale Bildungsberichterstattung in der Praxis: Die Grundkonzeption zum 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010

Stefan Schmutz, Fachbereich Bildung/Bildungsplanung der Stadt Mannheim

Die Überlegungen für einen ersten kommunalen Bildungsbericht deckten sich mit dem Ziel der Stadtverwaltung, gemäß einer klaren strategischen Steuerung im kommunalen Bildungsbereich zu handeln. So wurde eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe "Indikatoren für Bildungserfolg" auf der Dezernatsklausur im Juni 2008 zusammengesetzt, um ein Set von Indikatoren zu benennen, die eine qualitative Bestandaufnahme der Bildungslandschaft Mannheims abbilden. Im Mittelpunkt der Bestandaufnahme standen die spezifischen Handlungsfelder im neuen Zuständigkeitsbereich des Dezernates III. Durch die Reduzierung der Komplexität auf ein Set von Steuerungsgrößen (Indikatoren) sollten die Erfolge und Herausforderungen, der Ist-Zustand, konturiert werden und die Befunde öffentlich in einem Kommunalen Bildungsbericht der Stadt Mannheim 2010 dargestellt werden. Der Arbeitsgruppe gehörte auch ein Vertreter des Staatlichen Schulamts an. Die Koordinierung der Arbeitsgruppe lag beim Fachbereich Bildung.

Konsens innerhalb Arbeitsgruppe war, dass der Bildungsbegriff sich nicht rein auf schulische Lerninhalte reduzieren lässt, sondern breit angelegt ist. In der Konsequenz wurde, in Anlehnung an den Entwicklungsstand von Kindern im Kindergarten, der Bildungsbegriff in die Dimensionen Sozial, Emotional, Motorisch, Kognitiv, Sprachlich und Sinne untergliedert. Dimensionen, in denen sich einzelne Kompetenzen im Fortlauf der Bildungsbiografie weiter entwickeln. Im Weiteren wurden entscheidende Übergänge bzw. Weichenstellungen in der Bildungsbiografie entlang des Lebensalters aufgezählt sowie relevante Struktur-, Prozess- und Wirkungsvariablen analysiert, die den Bildungserfolg eines Kindes bzw. Jugendlichen beeinflussen.

Anhand des Abgleichs mit vorhandenen Datenquellen wurde eine Passung von wünschenswerten und vorhandenen Indikatoren diskutiert. Die endgültige Auswahl der Indikatoren richtete sich nach dem Kriterium der Machbarkeit, innerhalb kurzer Zeit verlässliche Daten verfügbar zu machen. Die Auswahl der Indikatoren entspricht somit nur in Teilen dem Wünschenswerten. Gleichfalls kann dieses Informationsdefizit als Aufforderung verstanden wer-

den, wünschenswerte Informationen perspektivisch zu eruieren. Wesentliches Manko für die Beobachtung von Entwicklungsverläufen im Lebenslauf sind fehlende Individualdaten im Zeitverlauf. Ein Manko, das nur schwierig zu beheben sein wird. So wurde als Zwischenergebnis eine Reihe von relevanten Indikatoren erarbeitet, deren Daten bereits zum heutigen Zeitpunkt verfügbar sind. Diese bieten gleichfalls detaillierte Auswertungsmöglichkeiten bspw. nach Stadtteil, Geschlecht, Nationalität/Migrationshintergrund. Anzumerken ist, dass die (drei) verfügbaren Datenquellen (Kinder- und Jugendhilfe Statistik, Einschulungsuntersuchung, amtliche Schulstatistik) zum heutigen Zeitpunkt nicht aufeinander abgestimmt sind. Mit anderen Worten, jede Datenquelle verwendet eigene Erhebungsinstrumente und teilweise abweichende Operationalisierungen derselben Merkmale sowie unterschiedliche sozialräumliche Betrachtungsebenen. Ferner gilt, dass die Messinstrumente nicht alle wünschenswerten Fragestellungen zweifelsfrei beantworten können. So verwendet bspw. die amtliche Schulstatistik den Nationalitätenbegriff als Trennung von deutsch und nicht deutscher Herkunft und nicht den besser geeigneten Migrationshintergrund. In der Folge ist zu vermuten, dass der reale Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Schülerschaft mit Migrationshintergrund unterschätzt wird. Trotz dieser keinesfalls unbegründeten Skepsis an der Relevanz und der Aussagekraft dieser beispielhaft genannten Messgrößen bleibt zu konstatieren, dass eine bessere Datengrundlage zwar wünschenswert ist, aber zum heutigen Zeitpunkt nicht verfügbar ist.

Um die Aussagekraft der Indikatoren sowie den Zustand und die Entwicklung der Bildungslandschaft in Mannheim in einen informativen, effektiven und aussagekräftigen Gesamtkontext zu bringen, ist es erforderlich, die ausgewählten Indikatoren mit weiteren Basis- oder Strukturinformationen zu ergänzen und die Zielausrichtung auch auf den Übergang Schule-Beruf auszuweiten. Eine Kooperation mit weiteren Fachbereichen ist hierzu anzustreben. Die Darstellung bzw. Gliederung der Indikatoren orientiert sich an dem Biografie begleitenden Förderansatz des Dezernats III sowie dem Handlungsleitfaden für den Aufbau eines „Kommunalen Bildungsmonitorings“, der vom Bundesministeriums für Bildung und Forschung veröffentlicht ist und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe vorliegt.

Kritiken an der Gliederung bzw. dem Wunsch nach weiteren Indikatoren sind legitim, müssen aber aufgrund des Pilotcharakters und der Machbarkeit eines ersten gemeinsamen Berichtes genau analysiert werden. So ist zu betonen, dass weitere Bereiche der formalen und informellen Bildung im Sinne eines lebenslangen Lernens in zukünftige Bildungsberichte einbezogen werden sollen. Und es sei nochmals betont, dass die Grundlage der ausgewählten Indikatoren vorhandene Datenquellen sind, die Auskunft über das gesamte Stadtgebiet geben können und in einem systemischen Zusammenhang zur Zielsetzung des Dezernates III: „Jedem Jugendlichen einen Schulabschluss“ stehen.

Zielgruppen des Berichts sind Verwaltung, Kommunalpolitik, Wohlfahrtsverbände, Zivilgesellschaft, interessierte Bürger/innen, Kindergärten, Schulen und weitere Bildungseinrichtungen. Unter www.mannheim.de/bildungsbericht kann der komplette Bericht heruntergeladen werden.

2.2. Semantisches Inventar

Datenquellen

Als zentrale und valide Datenquellen können die vom Statistischen Landesamt (StaLa) verantworteten amtlichen Statistiken für regionale Bildungsberichte herangezogen werden, insbesondere die Schulstatistik, die Berufsbildungsstatistik, die Hochschulstatistik, die Bevölkerungsstatistik und die Kinder- und Jugendhilfestatistik. Diese Daten ermöglichen meist kleinräumige Analysen auf Ebene der Stadt- und Landkreise. Für den Bereich der vorschulischen Bildung und der außerschulischen Jugendbildung kann das Ministerium für Arbeit und Soziales ergänzende Statistiken bereitstellen, für die Weiterbildung das Wirtschaftsministerium.

Weitere für die regionale Bildungsberichterstattung wichtige amtliche Daten werden von kommunaler Seite erfasst. Als Schulträger verfügen die Landkreise und Kommunen auch über Daten auf Ebene der einzelnen Bildungseinrichtung. Als zusätzliche Quelle können bei Bedarf Statistiken der Bundesagentur für Arbeit genutzt werden, etwa im Hinblick auf Maßnahmen der Berufsförderung bei Jugendlichen.

Datenschutz

Grundsätzlich beziehen sich die Darstellungen in Bildungsberichten auf Personengruppen oder Institutionen, so dass eine Anonymisierung in der Regel gewährleistet ist. In Bezug auf singuläre Bildungseinrichtungen einer Region – etwa Angebote nur für kleine, spezielle Gruppen – muss jedoch sorgfältig geprüft werden, ob durch die Darstellung Rückschlüsse auf einzelne Personen gezogen werden können.

Kennziffern, Indikatoren und Differenzierungsmerkmale

Die in der nationalen Bildungsberichterstattung dargestellten aggregierten und kombinierten Daten werden entsprechend ihrer Komplexität in Kennziffern und Indikatoren unterteilt.¹⁸

Kennziffern erlauben Aussagen zu vorhandenen Quantitäten. Sie können als Anteile an einer Population oder in absoluten Zahlen dargestellt werden. Beispiele für Kennziffern sind etwa die Zahl der Schulabbrecher, der Anteil der Hauptschüler mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die Quote der Nicht-Versetzten an Gymnasien usw.

Indikatoren sind komplexere Konstrukte, die für einen zentralen Aspekt oder Prozess im Bildungsgeschehen stehen. Sie setzen sich aus einer Kombination mess- und quantifizierbarer Kennziffern zusammen. Innerhalb einer Gesamtbetrachtung eines Bildungssystems ermöglichen sie das Erkennen von Beziehungen zwischen einzelnen Systemkomponenten. Im Rahmen der nationalen Bildungsberichterstattung sind Indikatoren konzeptionell ausdifferenziert und theoretisch fundiert, bspw. 'Frühkindliche Bildung' oder 'Schulische Abschlüsse'.

Differenzierungsmerkmale oder Hintergrundvariablen erlauben weiterreichende Analysen, bspw. nach Geschlecht oder Staatsangehörigkeit.

Wie mittels Indikatoren komplexere Zusammenhänge in Bildungsprozessen beleuchtet werden können, soll am Beispiel *schulische Abschlüsse* illustriert werden. Der Indikator *Erwerb allgemein bildender Abschlüsse* integriert die Kennziffern *Absolventen allgemein bildender*

¹⁸ Vergl. zu den folgenden Äußerungen Döbert, Hans: Indikatorenkonzept und Beschreibung von Beispielindikatoren für eine regionale Bildungsberichterstattung. Berlin 2007.

Schulen nach Abschlussarten und Absolventen beruflicher Schulen nach allgemein bildenden Abschlussarten. Die Betrachtung der Absolventenzahlen in Baden-Württemberg legt zunächst nahe, dass lediglich 26 % der Abgänger/innen aus allgemein bildenden Schulen im Jahr 2009 die Hochschulreife erworben haben. Für die Berechnung der tatsächlichen Hochschulzugangsberechtigtenquote ist es jedoch erforderlich, auch die Abgänger/innen aus beruflichen Schulen zu berücksichtigen, die dort die Hochschulreife erlangten. Die Quote der Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung – bezogen auf einen Altersjahrgang im typischen Abschlussalter – steigt damit auf rund 36 %. Werden nun noch die Absolvent/innen mit Fachhochschulreife berücksichtigt, ergibt sich eine Quote von über 50 %. Eine nach dem Hintergrundmerkmal Staatsangehörigkeit differenzierte Betrachtung kann tiefergehende Analysen ermöglichen und zu wichtigen Kontextinformationen führen.

Grafische Darstellung des Verhältnisses zwischen Indikator, Kennziffer und Differenzierungsmerkmal:

<i>Indikator:</i>			
Erwerb allgemein bildender Abschlüsse			
<i>Kennziffern:</i>			<i>Differenzierungsmerkmale:</i>
Anzahl der Absolventen nach Schulart im Zeitverlauf	Abschlüsse an allgemein bildenden Schulen	...	Abschlussarten
			Geschlecht
			Staatsangehörigkeit
			...

Je nach Fragestellung kann die Auswertung der Daten unter verschiedenen Aspekten erfolgen. So ist bei vielen Indikatoren und Kennziffern eine Differenzierung nach räumlichen Aspekten und Verwaltungseinheiten – Kreis, Region, Regierungsbezirk – möglich und sinnvoll. Sofern entsprechende Unterscheidungen ein Mehr an Erkenntnis ermöglichen, werden die untersuchten Personengruppen nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit betrachtet.

Von zentraler Bedeutung für die regionale Bildungsberichterstattung ist zudem, dass die aufbereiteten Informationen einen Vergleich mit anderen Regionen ermöglichen.

Kern- und Ergänzungsindikatoren

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung herausgegebene "Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitoring" (siehe im folgenden Kapitel) unterscheidet Indikatoren nach ihrer Steuerungsrelevanz für ein regionales Bildungssystem.

Kernindikatoren sind steuerungsrelevant und dienen der vollständigen Abbildung einer kommunalen Bildungslandschaft. Es ist eine analoge Struktur künftig entstehender regionaler Bildungsberichte angestrebt, die sich an diesen Kernindikatoren orientieren. Sofern von den betreffenden Kommunen gewünscht, können in vergleichbaren Land- und Stadtkreisen Vergleiche angestellt sowie Bildungsanstrengungen und -schwerpunkte unterschieden werden.

Ergänzungsindikatoren sind unverbindlich vorgeschlagene Indikatoren, die es erleichtern, eine flexible und breit angelegte Bildungsberichterstattung in ausgewählten Bildungsbereichen zu konzipieren. Es kann sich anbieten, eine solche Akzentuierung der Bildungsberichterstattung mit eigenen Erhebungen und Befragungen zu flankieren.

2.3. Der Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings

Dr. Rainer Wolf, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Entstehung

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Beteiligung vieler Stiftungen initiierten Programms „Lernen vor Ort“ wurde vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung, dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg ein Anwendungsleitfaden für den Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings entwickelt. Basierend auf den laufenden Erfahrungen der Programmkommunen wird der Leitfaden beständig weiterentwickelt und einmal im Jahr aktualisiert.¹⁹

Konzeption

Unter Bildungsmonitoring wird hier ein umfassendes und systematisches Sammeln, Interpretieren und Bewerten von Daten und Informationen zum Zwecke der Überwachung, Planung und Steuerung von Entwicklungen im Bildungswesen verstanden.

Die Bildungsberichterstattung hat im Kontext des Bildungsmonitorings einen zentralen Stellenwert. Bei ihr handelt es sich um eine systematische, theoriebasierte, indikatorengestützte, regelmäßige und umfassende Darstellung des Bildungsbereichs mit dem Ziel, Strukturen und Entwicklungen zu beschreiben, regionale Vergleiche zu ermöglichen, die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens insgesamt und seiner Teile einzuschätzen sowie Grundlagen für politische Entscheidungen zur Verbesserung des Bildungswesens zu liefern.

Der Anwendungsleitfaden stellt ein Grundgerüst für den Aufbau einer kommunalen Bildungsberichterstattung dar. Die Kernindikatoren verweisen auf jene Bereiche, die auf der Basis bisheriger Erfahrungen unentbehrlich sein dürften, um die Basisstrukturen nachzuzeichnen. Darüber hinaus können sich regionalspezifische Vertiefungen als hilfreich und nützlich erweisen, für die entsprechende Angebote im Indikatorenkatalog vorliegen.

Der Anwendungsleitfaden ist als eine Serviceleistung für Landkreise und kreisfreie Städte zu verstehen, die es kommunalen Institutionen erleichtert, ein kommunales Bildungsmonitoring bzw. die Erstellung von regionalen und kommunalen Bildungsberichten selbstständig auf der Basis von regelmäßig verfügbaren Daten durchzuführen. Der Anwendungsleitfaden unterstützt die kommunalen Planer bei der Entscheidungsfindung, ob sie ein komplexes oder relativ einfaches kommunales Bildungsmonitoring aufbauen wollen.

¹⁹ Der Leitfaden kann von der Website des Statistischen Landesamtes im Bereich „Bildung, Kultur“ unter der Adresse <http://statistik-bw.de/BildungKultur> heruntergeladen werden. Die aktuelle Version ist seit Februar 2011 an dieser Stelle verfügbar.

Struktur des Leitfadens

Das kommunale Bildungsmonitoring hat zum Ziel, einen umfassenden Überblick über alle bildungsrelevanten Institutionen und Aktivitäten in einer Region zu geben. Dabei wird der Ansatz des „Lebenslangen Lernens“ verfolgt, so dass Bildungsaktivitäten und -angebote für jede Altersgruppe Berücksichtigung finden. So setzt die Bildungsberichterstattung mit der Tätigkeit der Kindertagesstätten ein, beschäftigt sich mit dem Primar- und Sekundarschulbereich, der gymnasialen Oberstufe, dem Berufsbildungswesen und ggf. in der Kommune befindlichen Hochschulen. Weiterhin wird der Weiterbildungsbereich analysiert und es werden non-formale und informelle Lernwelten und Bildungsnetzwerke einbezogen, die sich herkömmlicher Berichterstattung aufgrund ihrer uneinheitlichen Struktur eher entziehen. Wichtig sind bei dieser Betrachtung auch die (demografischen, wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen) Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene.

Der Leitfaden enthält neben dem Vorschlag für eine Gliederung eines kommunalen Bildungsberichts auch Hinweise für eine mögliche Gestaltung der Kapitel zu den einzelnen Teilbereichen des Bildungswesens. Ein zentraler Inhalt des Leitfadens sind die ausführlichen Beschreibungen einer Vielzahl von Indikatoren, die für eine Bildungsberichterstattung von Bedeutung sein können. Hierbei werden die Indikatoren in Überblicks-, Kern- und Ergänzungsindikatoren untergliedert:

- Überblicksindikatoren sind geeignet, einen erweiterten Überblick über die regionale Situation zu geben. Bei ihnen handelt es sich um Basiszahlen, aus denen Kern- und Ergänzungsindikatoren erzeugt werden.
- Kernindikatoren wurden nach Kriterien der Steuerungsrelevanz ausgewählt und sollen einer vollständigen Abbildung der regionalen Bildungslandschaft dienen. Sie sollten in kommunalen Bildungsberichten einheitlich dargestellt werden, um eine nachhaltige Struktur der Berichte zu gewährleisten. Mittel- bis langfristig können auf Grundlage dieser Indikatoren die Auswirkungen von Bildungsanstrengungen verfolgt werden.
- Ergänzungsindikatoren können regionale Akzente in der Förderung von Bildungseinrichtungen und -maßnahmen verdeutlichen. Diese unverbindlich vorgeschlagenen Indikatoren sollen es erleichtern, eine flexible breit angelegte Bildungsberichterstattung in ausgewählten Bildungsbereichen zu konzipieren. Kreise oder kreisfreie Städte, die besondere Bildungsanstrengungen unternommen haben, sollten diese dokumentieren und deren Fortentwicklung datengestützt verfolgen. Vielfach bietet es sich an, eine solche Akzentuierung der Bildungsberichterstattung mit eigenen kleinräumigen Erhebungen und Befragungen zu flankieren.

Zu jedem einzelnen Indikator enthält der Anwendungsleitfaden detaillierte Beschreibungen, in einheitlicher Struktur. Dieses formal übereinstimmende Muster soll es ermöglichen, die jeweils gewünschten Daten zu ermitteln, zu errechnen und in einen fachlich fundierten Zusammenhang zu stellen.

Struktur der Indikatorenbeschreibungen

Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	Einleitend werden Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl beschrieben; dabei wird auch zu den Grenzen der Aussagefähigkeit Stellung genommen.
Berechnungsformel	Im nächsten Schritt werden die Berechnungsformel und die Maßeinheit angegeben, mit welcher die Kennzahl errechnet wird.
Exakte Definition der Bezugsgrößen	Anschließend werden die Elemente, die in der Formel verwendet werden, exakt definiert.
Datenquellen	Die Datenquelle/n zu den Elementen der Berechnungsformel werden angegeben.
Gliederung der Kennzahl	Ein wichtiger Bestandteil der Kennzahlenbeschreibung ist das Aufzeigen von relevanten und möglichen Untergliederungen der Kennzahl.
Regionale Bezugsebene	Die Kategorie regionale Bezugsebene enthält Angaben für welche Gebietseinheiten Daten – ausgehend von der Landesebene – verfügbar sind.
Periodizität der Verfügbarkeit der Daten	Die Periodizität der Verfügbarkeit der Daten bildet Informationen zur Regelmäßigkeit der Datenerhebung, zum Berichtszeitraum und zur Verfügbarkeit von Zeitreihen ab.
Bezug zu anderen Kennzahlen	Der Bezug zu anderen Kennzahlen im Kennzahlenkatalog wird hergestellt. Zum Teil wird auf die Basiszahlen verwiesen, aus denen sich die Kennzahl zusammensetzt.
Bezug zu anderen Berichtssystemen	Schließlich wird der Bezug zu anderen Berichtssystemen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, in welchen die beschriebene Kennzahl ebenfalls Verwendung findet, dargestellt.

Beispiel für die Beschreibung eines Kernindikators:

Beschreibung der Kennzahl:		► Kern <u>allgemein bildende Schulen</u>
► D11.1: Anteil der früh bzw. spät eingeschulten Kinder		
Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	Für die kommunale Ebene ist der Anteil der frühzeitig oder verspätet eingeschulten Kinder wichtig in Hinsicht auf den Übergang von Kindertageseinrichtungen (in Trägerschaft der oder mit Förderung durch die Gemeinden) in die Grundschule. Das Einschulungsalter hat Auswirkungen auf die Verweildauer in Kindertageseinrichtungen und damit auf deren Auslastung.	
Berechnungsformel	<p style="text-align: center;"><i>Anteil der früh bzw. spät eingeschulten Kinder (in %)</i></p> $= \frac{\text{Anzahl der früh bzw. spät eingeschulten Kinder} * 100 \%}{\text{Anzahl aller eingeschulten Kinder}}$	
Exakte Definition der Bezugsgrößen	<p><i>Früh eingeschulte Kinder:</i> Kinder, die eingeschult wurden und erst nach dem gesetzlich festgelegten Stichtag das sechste Lebensjahr vollendet haben.</p> <p><i>Spät eingeschulte Kinder:</i> Kinder, die bereits im Vorjahr schulpflichtig waren, aber erst im laufenden Schuljahr (evtl. nach späterer Rückstellung im vorangegangenen Schuljahr erneut) eingeschult wurden.</p> <p><i>Anzahl der eingeschulten Kinder:</i> Anzahl der Kinder, die in der betrachteten Gebietseinheit im betrachteten Zeitraum eingeschult wurden.</p>	
Datenquellen	Amtliche Schulstatistik	
Gliederung der Kennzahl	Geschlecht öffentliche und private Schulen	
Regionale Bezugsebene	Land – Regierungsbezirk – Kreis	
Periodizität der Verfügbarkeit der Daten	Jährliche Erhebung der amtlichen Schulstatistik, i. d. R. zu Beginn des Schuljahres	
Bezug zu anderen Kennzahlen	Die Kennzahl „Anteil der frühzeitig oder verspätet eingeschulten Kinder“ ergänzt die Kennzahl „Durchschnittliches Einschulungsalter“ hinsichtlich der Information über das Einschulungsverhalten.	
Bezug zu anderen Berichtssystemen	Schulentwicklungsplan – Schulbericht	

2.4. Planungs- und Entscheidungsprozess: grundsätzliche und spezielle Fragen

Diskussions- und Entscheidungsprozess in der Regionalen Steuergruppe

Die Regionale Steuergruppe erarbeitet die Ziele und Handlungsschwerpunkte einer Bildungsregion. Sie ist der Ort, an dem ggf. die Entscheidung für eine datenbasierte Planung bzw. regionale Bildungsberichterstattung fällt und an dem Ziele und Vorgehensweisen diskutiert werden. Im Folgenden haben wir einige grundsätzliche und spezielle Fragen zusammengestellt, die in diesem Zusammenhang von Interesse sein können.

Grundsätzliche Fragen

- Wird ein regionaler Bildungsbericht gewünscht?
- Welche Ziele werden mit der regionalen Bildungsberichterstattung verfolgt?
- Sollen ein regionaler Bildungsbericht, eine erste Voranalyse oder spezielle Themenhefte erstellt werden?
- An welche Adressaten(gruppen) soll sich der Bildungsbericht ggf. wenden?
- Wie soll nach Fertigstellung des Berichts mit den Ergebnissen verfahren werden? Wie können die Ergebnisse in die praktische Arbeit vor Ort einfließen? Welche Konsequenzen werden aus den empirischen Befunden gezogen?
- Welche Ressorts und Akteure sollen/müssen eingebunden werden (Stichwort integrierte, ressortübergreifende Planung)?
- Welche Berichtswesen sind in der Region bereits verankert? Wie lassen sie sich ggf. zusammenführen und für die gemeinsame Planung verwenden, z. B. für die Kopplung von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung?
- In welchen Abständen soll eine Berichterstattung erfolgen?
- Welche Indikatoren und Kennziffern sind relevant?
- Welche Daten liegen in welcher Form an welchen Stellen bereits vor, welche müssen eventuell erhoben werden?
- Wer wird mit der Erstellung eines Berichts beauftragt?
- Welche Ressourcen sind hierfür notwendig und stehen sie bereit?
- ...

Spezielle Fragen

- Welche Informationen sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und welche dienen lediglich der internen Planung?
- Wie kann Datenschutz gewährleistet werden?
- Mit welchen Akteuren und Experten können die Befunde fachlich diskutiert werden, um Erklärungsansätze und Maßnahmen zu thematisieren?
- ...

„Der Bildungsbericht ist dann gut, wenn über ihn gesprochen wird. Es soll kein Zahlenwerk für den Schrank sein, sondern Anlass zur Diskussion über die Verbesserung von Bildungsbedingungen in Mannheim.“²⁰

Aufbereitung und Darstellung von Kennziffern und Indikatoren²¹

Zu Beginn der Erstellung eines regionalen Bildungsberichts müssen die aufzunehmenden Kennziffern und Indikatoren ausgewählt und definiert werden. Hierfür sind mehrere Schritte notwendig. Die Datensätze und Variablen, aus denen die Kennziffern generiert werden, müssen festgelegt werden, ebenso die Berechnungsformeln und die zu berücksichtigenden Personengruppen. Dabei ist die Verknüpfung der Basisdaten – etwa die "Übergänge auf weiterführende Schulen" – mit relevanten Hintergrundvariablen von großer Wichtigkeit. Der folgende Ablauf ist empfehlenswert:

- Zunächst wird die Kennziffer in einzelne Komponenten gegliedert – z. B. die Kennziffer *Übergänge in weiterführende Schulen* in die Wechsel auf Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule.
- Die Messvorschriften und die Grundgesamtheit, auf die sich die Berechnungen beziehen, werden festgelegt.
- Hintergrundvariablen werden bestimmt – z. B. Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund –, in deren Kontext die Kennziffer untersucht wird.
- Die Daten werden zu Tabellen aggregiert. Sie bilden die Grundlage für die Interpretation der Befunde.
- Grafische Darstellung ausgewählter Daten und verbale Interpretation erleichtern die Lesbarkeit und bieten einen raschen Überblick.

Die Indikatoren und Kennziffern müssen präzise und klar beschrieben sein, um eine Interpretation der berichteten Daten zu ermöglichen. Ihre Berechnung muss eindeutig und nachvollziehbar erfolgen. Zusätzliche wichtige Informationen liefert die Verknüpfung der Basisdaten mit ergänzenden Variablen wie Geschlecht oder Staatsangehörigkeit, was eine differenziertere, aussagekräftigere Betrachtung eines Bildungsbereichs ermöglicht.

²⁰ Stefan Schmutz Abteilungsleiter Bildungsplanung/Schulentwicklung und Leiter der Arbeitsgruppe „Indikatoren für Bildungserfolg“ der Stadt Mannheim. Quelle: <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/782585.html?CFID=7541735&CFTOKEN=30417748>.

²¹ Döbert, Hans: Indikatorenkonzept und Beschreibung von Beispielindikatoren für eine regionale Bildungsberichterstattung. Berlin 2007.

3. Erfahrungen in den Bildungsregionen

Im Anschluss an die grundsätzliche Einführung in die regionale Bildungsberichterstattung und ihre zentralen Fragestellungen, Begriffe und Vorgehensweisen gibt Kapitel 3 einen exemplarischen Einblick in die konkrete Umsetzung. Anhand anschaulicher Beispiele aus einigen Bildungsregionen wird deutlich, wie vielfältig einsetzbar die datenbasierte Planung bzw. regionale Bildungsberichterstattung ist und welche Möglichkeiten sie bietet. Für die Frage nach der Datengewinnung kommen Vertreter der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd und das Bildungsbüro der Stadt Heilbronn zu Wort. Die Erstellung eines regionalen Bildungsberichts wurde bereits in Kapitel 2.1 am Beispiel der Stadt Mannheim verdeutlicht. Das Beispiel einer themenspezifischen Datenerhebung und -auswertung aus der Bildungsregion Ravensburg (Thema Sprachförderung) zeigt auf, wie die Erhebung regionaler Daten in konkrete Handlungsschritte münden kann.

3.1. Möglichkeiten der Datengewinnung – Stadt Schwäbisch Gmünd

Ein Interview mit Prof. Dr. Axel Gehrman und seinen Mitarbeitern

Hintergrund

Prof. Dr. Axel Gehrman (PH Schwäbisch Gmünd/Abteilung Schulpädagogik/Empirische Schulforschung) und seine Mitarbeiter Sascha Pelzmann, Tobias Haas und Volker Zimmer stellten im Oktober 2010 den ersten Bildungsbericht für die Stadt Schwäbisch Gmünd fertig und im April 2011 den Bildungsbericht für den Ostalbkreis.

Sowohl in Schwäbisch Gmünd als auch im Ostalbkreis ist jeweils ein Mitarbeiter zu 50 % seiner Arbeitszeit im Bildungsbüro und zu 50 % seiner Arbeitszeit an der Pädagogischen Hochschule beschäftigt. Dadurch sind kommunale Entscheidungsträger und wissenschaftliche Akteure in Form eines Lerntandems verknüpft.

Der folgende Beitrag ist vor dem Hintergrund eines persönlichen Interviews mit Prof. Dr. Gehrman und seinen Mitarbeitern entstanden. Das Gespräch zeigt interessante Perspektiven und wichtige Hinweise zur Bildungsberichterstattung auf. An dieser Stelle sollen zentrale Ergebnisse des Interviews dargestellt werden.

Was waren die **Motive** für die Berichtserstellung?

Die Motive für eine Berichtserstellung sind sehr unterschiedlich. Im Sinne der Standorticherung oder beim Anwerben von Fach- und Führungskräften wird es für Kommunen z. B. immer wichtiger, einen aktuellen und genauen Überblick über bestehenden Betreuungs- und Bildungsangebote geben zu können. Ein aktueller Bildungsbericht mit Schulstandorten und Angaben zu den Übergangsquoten ist hier sehr hilfreich. Außerdem werden im Bildungsbereich, auch auf kommunaler Ebene, immer neue Programme aufgelegt, aber selten nach den Ergebnissen und Wirkungen gefragt bzw. ausgewertet.

Wichtig bei einem Bildungsbericht ist, dass das Vorhaben von führender Stelle politisch gewollt und entsprechend parlamentarisch abgesichert ist. Fragestellungen und Schwerpunktsetzungen kommen aus der politischen Diskussion, d. h., das Vorhaben sollte auch in allen wesentlichen Gremien und Sitzungen vorgestellt und breit diskutiert werden.

In Schwäbisch Gmünd ist z. B. Migration ein wichtiges Thema. Es lag zwar schon ein Integrationsbericht (www.schwaebisch-gmuend.de/brcms/pdf/20649.pdf) vor, in diesem sind Bildungsthemen allerdings nur angedeutet. Aus kommunaler Sicht ist in der Regel auch immer der Kita-Bereich von großer Bedeutung, da die Kommunalverwaltung hierfür zuständig ist. Oder denken Sie an Themen wie die hohe Abschulungsquote, die bereits durch die Berichte auf Bundes- und Landesebene bekannt ist. Vor Ort fragt man sich: Wie verhält es sich bei uns damit und vor allem was folgt daraus, auch ökonomisch?

*Wie gestaltete sich die **Datengewinnung** im Rahmen der Erstellung der beiden Berichte?*

Vieles findet sich bereits im Netz, auch im Onlineangebot des Statistischen Landesamtes. Auch der Anwendungsleitfaden des Statistischen Landesamtes kann eine erste Orientierung darstellen. Wesentlich ist auch die Frage, was in der Kommune schon alles in aufbereiteter Form existiert. Man wundert sich in der Regel, wie viele Berichte schon vorliegen. Auch die Beteiligten in den zum Teil neu geschaffenen Gremien der Bildungsregionen können als Ansprechpartner zur Datengewinnung genutzt werden. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass nicht jeder, der in einem Gremium beteiligt ist, auch Daten liefern möchte. Zum Teil hat dies auch technische Gründe, wenn ganz andere Erhebungsstrukturen vorliegen, z. B. bei der Arbeitsverwaltung. Was uns ebenfalls deutlich wurde, ist die große Bedeutung privater Träger, die gezielt angesprochen werden müssen. Zu nennen sind beispielsweise die kirchlichen Träger im vorschulischen Bereich.

Als Problem erweist sich auch, dass bei einigen der Datenquellen, die Erhebungsgebiete zum Teil nicht mit den gewünschten Erhebungsgebieten des Berichts übereinstimmen, was zu Darstellungsproblemen führen kann. So umfassen die Kammerbezirke der IHK und der HWK in der Regel mehrere Land- bzw. Stadtkreise. Ebenfalls muss bedacht werden, dass sich manche Angebote der Stadt auf den ganzen Kreis beziehen – in Schwäbisch Gmünd richten sich beispielsweise die Angebote im Bereich der Sonderpädagogischen Förderung an den ganzen Kreis, was im Bericht deutlich werden muss, da sonst ein verzerrtes Bild entstehen kann.

Für die Datengewinnung macht es auch einen großen Unterschied, ob es sich um die Daten für einen Stadt- oder einen Landkreis handelt. Es müssen sehr oft offizielle Genehmigungen zur Datenverwendung eingeholt werden, was zum Teil bei Berichten auf Kreisebene offizielle Anfragen in vielen Einzelgemeinden notwendig macht. Eine "Sozialisation" in einer Verwaltungsstruktur bzw. Kenntnisse über deren hierarchischen Aufbau und entsprechende Verwaltungsabläufe für die Einholung von Genehmigungen ist sehr hilfreich.

Letztlich muss auch darauf hingewiesen werden, dass nicht für alle Aspekte bereits Daten vorliegen. Dies gilt z. B. für den Weiterbildungsbereich und die Vielzahl der dortigen Angebote. In einem solchen Fall helfen nur eigene Recherchen weiter.

*Sie nannten das **Thema Migration** als einen Schwerpunkt des Berichtes. Wie genau gingen Sie bei der Erfassung des Migrationshintergrundes vor?*

Wir verwendeten eine Vorgehensweise, die bereits im Integrationsbericht von Schwäbisch Gmünd eingesetzt wurde. Diese erlaubt es, die Daten des Einwohnermeldeamtes auszuwerten, was zu weit differenzierteren Ergebnissen führt als dies normalerweise unter dem Stichwort „Migrationshintergrund“ üblich ist. Gerade vor dem Hintergrundthema Sprachförderung ist es z. B. sehr wichtig, differenzierte Angaben über den Migrationshintergrund, also z. B. die Herkunftsländer, zu haben. Konkret griffen wir auf den "Statistikdatensatz Bevölkerungsbestand des Deutschen Städtetags" zu und werteten diesen mit dem Programm "MigraPro"⁽¹⁾ des KOSIS- (Kommunales Statistisches Informationssystem) Verbundes⁽²⁾ aus. Mit diesem Programm kann über verschiedene, im Statistikdatensatz vorhandene, Datenfelder der Zuwanderungs-/ Migrationshintergrund einer Person abgeleitet werden. Wichtigstes Indiz ist dabei die Lage des Geburtsortes. Dieses Verfahren bietet auch die Möglichkeit, Ergebnisse sehr kleinräumig darstellen zu können, wobei man unter Umständen auf die Hilfe des Vermessungs- bzw. Katasteramtes angewiesen ist. Insgesamt muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass dieses Vorgehen relativ aufwändig ist. Es müssen Genehmigungen für die Datenverwendung eingeholt werden, es muss eine Einarbeitung in "MigraPro" stattfinden und auch die Übertragung des Datensatzes in üblicherweise verwendete Statistikprogramme, wie z. B. SPSS, erfordert sehr viel Vorarbeit. Ideal wäre hier eine Zusammenarbeit mit Abteilungen der Kommunalstatistik, die sich allerdings nur in größeren Städten direkt finden.

Ebenfalls hilfreich waren Angaben zur Sprachverwendung im Elternhaus, die sich beispielsweise in der Datenbank „Kita-Data-Webhouse“⁽³⁾ finden. Diese Datenbank erwies sich insgesamt für die Darstellung des Vorschulbereiches als sehr hilfreich. Einrichtungen im Vorschulbereich unterliegen einer jährlichen Meldepflicht und diese gemeldeten Angaben (zum Personal, der Zahl der Betreuungsplätze, der Anzahl der betreuten Kinder etc.) werden in der Datenbank "Kita-Data-Webhouse" gebündelt und liegen vollständig und jährlich aktualisiert vor. Um den kompletten Zugriff zu Planungszwecken zu erhalten, ist ein entsprechender Antrag des kommunalen Trägers notwendig.

(1) Das Programm "MigraPro"

Das Programm MigraPro erlaubt gezielte Auswertungen der Daten des Einwohnermelderegisters hinsichtlich der Merkmale „Zweite Staatsangehörigkeit“, „Zuzugsherkunft“, „Art der deutschen Staatsangehörigkeit“ und „Lage des Geburtstortes“. Eine Kombination dieser Angaben mit dem Merkmal „Ausländische Staatsangehörigkeit“ ermöglicht differenzierte Aussagen zu Personen mit Migrationshintergrund.

Nähere Informationen zum Programm finden sich unter:

<http://www.staedtestatistik.de/285.html>

(2) KOSIS-Verbund

Mit Unterstützung des Deutschen Städtetags organisiert der „KOSIS-Verbund“ Kooperationsprojekte, die darauf gerichtet sind, Instrumente der Datenverarbeitung für z. B. kommunale Statistik und Planung kooperativ zu organisieren. Weiterhin macht der KOSIS-Verbund, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, Daten der kommunalen Statistik überörtlichen Interessenten zugänglich.

Nähere Angaben zum KOSIS-Verbund, dessen Träger der „Verband Deutscher Städtestatistiker“ ist, finden sich unter:

<http://www.staedtestatistik.de/kosis.html>

(3) Kita-Data-Webhouse (Auszug aus der Datenbankbeschreibung):

Mit Kita-Data-Webhouse können alle Daten, die für die Jugendhilfestatistik und die Meldepflicht erforderlich sind, erfasst und an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden. Der Datenpool des gemeinsamen Projekts mehrerer Verbände schafft eine solide Planungsgrundlage für Jugendämter, Städte und Gemeinden.

Nähere Informationen zu Kita-Data-Webhouse finden sich unter:

<http://www.kitaweb-bw.de>

*Im Bildungsbericht von Schwäbisch Gmünd finden sich auch Angaben zu den **finanziellen Aufwendungen der Kommune** als Träger im Bildungsbereich. Wie gelangten Sie an diese Informationen?*

Die entsprechenden Angaben, die dann noch aufbereitet werden müssen, liegen der Kämmerei vor. Etwas anders verhält sich der Sachverhalt, wenn man Angaben aus mehreren Kommunen benötigt, z. B. bei der Darstellung eines ganzen Landkreises. Bei kleineren Kommunen kann es sein, dass die Daten nicht vor Ort, sondern bei der Kommunalaufsicht bzw. den Landratsämtern vorliegen.

Zur Interpretation der Daten ist eine enge Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachpersonal notwendig, da die Angaben des Vermögens- und des Verwaltungshaushaltes, also die Angaben über Investitionen und laufende Kosten, nicht selbsterklärend sind. Aus kommunaler Sicht ist die Darstellung der getätigten Ausgaben für die einzelnen Bildungsbereiche und deren Entwicklung im Zeitverlauf natürlich von großem Interesse.

*Wie gestaltete sich die **Zusammenarbeit mit dem Schul- und Sportamt** der Stadt Schwäbisch Gmünd?*

Die Zusammenarbeit mit dem Schul- und Sportamt erwies sich als sehr ergiebig, da dort sehr differenziertes Datenmaterial vorliegt, welches in der Regel oftmals ebenfalls noch aufbereitet werden muss. Über die Daten des Schul- und Sportamts ist es z. B. möglich, Aussagen über die Einzugsgebiete von Schulen zu machen. Die Daten ermöglichten es uns auch, eine Übersicht über die ausgesprochenen Grundschulempfehlungen, den Elternwunsch und die Zahl der tatsächlichen Übertritte zu erstellen. Interessanterweise zeigte sich hierbei, dass die Zahl der empfohlenen Übertritte auf das Gymnasium deutlich höher war, als die Zahl der tatsächlich erfolgten Übertritte. Es wurde einmal mehr ersichtlich, dass der Elternwunsch bei den Übergangsquoten eine maßgebliche Rolle spielt. Diesem Aspekt kann in Zukunft differenzierter weiter nachgegangen werden.

*Was gab den Ausschlag, in dem jetzt fertig gestellten Bericht von Schwäbisch Gmünd und in dem in Arbeit befindlichen vom Ostalbkreis keine **Handlungsempfehlungen** abzugeben?*

Man kommt bei einem Bildungsbericht prinzipiell um den Interpretationsprozess nicht herum. So wie die Fragestellungen und Schwerpunktsetzungen aus der politischen Diskussion kommen, ist auch der Interpretationsprozess den Akteuren zu überlassen. In dem Moment, wo man Handlungsanweisungen aufnimmt, tangieren diese den ganzen Bericht und selbstverständlich sind immer auch andere Handlungsempfehlungen denkbar.

Wie schätzen Sie rückblickend den **Aufwand** der Berichterstellung ein und welche Rolle kann das Bildungsbüro dabei einnehmen?

Einen Bildungsbericht erstellt man nicht nebenbei. Je nach Größe der Kommune und internen Verwaltungsstruktur muss mindestens eine Person für ein Jahr veranschlagt werden, wobei natürlich je nach Art und Umfang des Berichtes, die zu veranschlagenden Ressourcen unterschiedlich sind. Auch wird es für die Beschäftigten der Bildungsbüros nicht ohne systematische Beratung gehen. Leider ist die Situation in den Bildungsbüros zum Teil so, dass ein Bildungsbericht quasi nebenbei entstehen soll, wobei die Erwartungshaltung der Auftraggeber sehr hoch ist. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Mitarbeiter/innen der Bildungsbüros, je nach beruflichem Hintergrund, erst sowohl in die komplexe Thematik der Bildungsberichterstattung als auch in die Arbeitsweise in einer Verwaltungsstruktur einarbeiten müssen. Als förderlich ist festzuhalten, dass die Bildungsbüros zum Teil weniger Hierarchien aufweisen als die sie umgebende Verwaltungsstruktur und es auch möglich ist, über Zuständigkeitsgrenzen hinauszudenken, zum Beispiel beim Zusammenführen von bereits bestehenden Berichten und Programmen, die zwar in den einzelnen Haushalten aufgeführt sind, aus denen aber noch niemand systematische Vergleiche gezogen hat.

Wie schätzen Sie die *Überlegung* ein, keine umfassenden Bildungsberichte zu erstellen, sondern **einzelne Themenschwerpunkte** zu bearbeiten?

Es ist durchaus denkbar, sich einzelnen Themenschwerpunkten, z. B. Frühförderung, Übergänge, Migration etc., zu widmen. Das Problem, welches dabei entsteht, ist, dass der thematische Anschluss direkt mitbedacht, aber dann nicht untersucht wird. Was bedeuten beispielsweise die Ergebnisse aus dem vorschulischen Bereich für die Übergänge? Auch die Rahmenbedingungen ändern sich, da die Gemeinde oder der Kreis zwar deutlich weniger bezahlen möchte, die Erwartungshaltung aber dennoch hoch bleibt. Hier sind dann eventuell Enttäuschungen vorprogrammiert.

3.2. Möglichkeiten der Datengewinnung: der 1. Bildungsbericht der Stadt Heilbronn 2010

Dieser Einblick in die Datengewinnung für den 1. Bildungsbericht der Stadt Heilbronn ist vor dem Hintergrund eines Interviews mit Herrn Bernd Keller, dem Leiter des Büros für Kommunales Bildungsmanagement der Stadt Heilbronn, entstanden. Die zentralen Hinweise zum konkreten Vorgehen sind im Folgenden zusammengefasst.

*Die Zugänglichkeit von Daten kann stark davon abhängen in welchem Ausmaß vor Ort fach-, bzw. referatsübergreifende Strukturen vorhanden sind. Welche Erfahrungen haben Sie bei der **Datengewinnung** diesbezüglich in Heilbronn gemacht?*

In Heilbronn wird schon in vielen Bereichen gemeinsam geplant. So erfolgt beispielsweise die Schulentwicklungsplanung zusammen mit der Jugendhilfeplanung. Die Heilbronner Strukturen erleichterten den Datenzugang vor Ort.

*Mit **welchen Stellen** hatten Sie Kontakt und **welche Daten** konnten von dort geliefert werden?*

Zunächst ist das Schul-, Kultur- und Sportamt zu nennen. Von dort erhielten wir Angaben zu den Schulübergängen, das heißt den Anteil der Kinder, die nach der Grundschule auf die weiterführenden Schulen wechseln, nach der jeweiligen Schulart. Ebenfalls erhielten wir Auskunft über die Anzahl der ausländischen Schüler/innen der jeweiligen Schularten und die Anzahl der Schüler/innen mit erhöhtem sonderpädagogischen Förderbedarf, die in die Grund- und Hauptschulen integriert werden.

Die Daten für den Vorschulbereich und den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule konnte uns vom Amt für Familie, Jugend und Senioren zur Verfügung gestellt werden. Konkret handelt es sich hierbei um die Anzahl der deutschen und nichtdeutschen Kindergartenkinder, die Anzahl der geschaffenen Kleinkindbetreuungsplätze und der Ganztagesplätze in den Kindergärten und die Anzahl der deutschen und nichtdeutschen Kindergartenkinder in Grundschulförderklassen.

Da sich die Stadt Heilbronn seit vielen Jahren bereits mit dem demografischen Wandel in Heilbronn beschäftigt, gibt es eine Fülle von Informationen und Indikatoren, die dazu beitragen, ein Augenmerk auf die Entwicklung der sozialen Infrastruktur zu werfen. Ansprechpartner war in diesem Zusammenhang die Stabsstelle Strategie. Die Darstellung der sozialen Infrastruktur in Heilbronn umfasst z. B. Angaben zum Bildungswesen (Kindergarten/Kinderbetreuung, aber auch die Entwicklung der Schülerzahlen und eine Prognose der Entwicklung bei den Übergangsquoten auf die weiterführenden Schulen). Weiterhin finden sich dort Angaben zum Gesundheitswesen, z. B. der Stand der ambulanten medizinischen Versorgung und Angaben zur Versorgungsplanung. Im Sozialdatenatlas des Amtes für Familie, Jugend und Senioren sind Angaben zur Anzahl der Minderjährigen, die von Scheidungsverfahren der Eltern und von Umgangsregelungen betroffen waren, erhältlich. Weiterhin sind zu nennen: die Zahl der Bezieher/innen von Grundsiche-

rung für Arbeitssuchende nach Altersgruppen und die Zahl der Haushalte in Bezug auf Grundsicherung für Arbeitssuchende nach Haushaltsstruktur. Darüber hinaus die Verteilung von Leistungen der Jugendhilfe und die Entwicklung von Heimerziehung und sonstigen betreuten Wohnformen und Vollzeitpflege.

Insgesamt ergibt dies ein sehr differenziertes Bild über die soziale Lage und Entwicklungsbedarfe in der Region.

Die Stadt Heilbronn beteiligt sich zudem im Bereich der frühkindlichen Bildung an dem von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Modellprojekt „KECK: Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder“. Inhalt des Projekts ist die Entwicklung eines Berichtssystems das verschiedene kommunale Informationen zu Bildung, Gesundheit und sozialem Umfeld mit anonymisierten Informationen über den Entwicklungsstand von Kindern kombiniert. Die daraus gewonnenen Ergebnisse sollen zukünftig ebenfalls in die Bildungsberichterstattung aufgenommen werden.

Es ist beabsichtigt, unter Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen, als weitere Quelle das Gesundheitsamt zu nutzen. Im Zuge der neu konzipierten Einschulungsuntersuchung untersucht das Gesundheitsamt alle schulpflichtigen Kinder anderthalb Jahre vor der Einschulung. Zu dieser Untersuchung gehört auch eine Sprachstandsdiagnose. Die Kinder werden mittels normierter Verfahren hinsichtlich ihrer sprachlichen Entwicklung untersucht. Hier werden das Sprachverstehen, die Sprachproduktion und das Sprachgedächtnis anhand von Aufgaben überprüft. Die Diagnose des Tests ergibt einen festgestellten Förderbedarf in den drei möglichen Kategorien:

- „Zusätzliche intensive Fördermaßnahmen“,
- „Förderung im Rahmen des Orientierungsplans“,
- „Sonstige Maßnahmen“.

*Sie sprachen gerade auch das Thema **Datenschutz** an. Wie gingen Sie mit dieser Thematik insgesamt bei der Berichterstellung um?*

Die Bestimmungen zum Datenschutz sind nicht nur im Bereich der Gesundheitsdaten, sondern auch in vielen anderen Themenbereichen, z. B. auch bei der Darstellung des Migrationshintergrundes, sehr umfangreich. Aus diesem Grund bezogen wir von Beginn an bei allen relevanten Fragen unseren städtischen Datenschutzbeauftragten in die Arbeiten ein. Mit seiner Expertise war es uns dann möglich, die Balance zwischen der gewünschten aussagekräftigen Kleinräumigkeit einerseits und den berechtigten und gesetzlich verankerten Datenschutzbestimmungen andererseits zu finden

*Daten liegen in der Regel in sehr unterschiedlich aufbereiteter und aussagekräftiger Form vor. Wie wichtig war der **fachliche Austausch** mit den genannten Ansprechpartnern?*

Der fachliche Austausch ist unerlässlich, da nicht alle Angaben selbsterklärend sind und man auf jeden Fall den genauen Kontext der Datenerhebung kennen muss, um sowohl die Aussagekraft der Angaben aber auch die Anschlussmöglichkeit der Angaben an Daten anderer Quellen einschätzen zu können. Ein solcher Austausch ist aber natürlich keine Einbahnstraße, da dabei auch die spezielle Zielrichtung einer Bildungsberichterstattung vermittelt werden kann.

3.3. Datenbasierte Planung in der Sprachförderung im Landkreis Ravensburg

Lorenz Macher, Regionales Bildungsbüro Ravensburg

Am Beispiel der Bildungsregion Ravensburg lässt sich aufzeigen, wie die Erhebung empirischer Daten in einem spezifischen Themenbereich zur Planung der weiteren Handlungsschritte herangezogen werden kann. Die abgeleiteten Maßnahmen und Aktivitäten können so auf die tatsächlichen Bedarfe vor Ort abgestimmt werden und berücksichtigen die Sichtweise der betroffenen Akteure. Eine solche Planung kann über den Zugriff auf bereits vorliegende Daten, aber auch über eine eigene Erhebung erfolgen.

Zum Hintergrund:

Der 1. Bildungsbericht des Landkreises Ravensburg 2008²² zeigte einen verstärkten Förderbedarf von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Sprachentwicklung auf. Besonders deutlich wurde der Förderbedarf von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Als Antwort auf diese ersten empirischen Hinweise, die jedoch einer weiteren Unterfütterung mit Daten bedurften, führte das Regionale Bildungsbüro im Auftrag der Regionalen Steuergruppe eine Sachstandserhebung im Bereich der Kindergärten und Kindertagesstätten durch. Diese Erhebung sollte eine intensivere Klärung der Datenlage und die Ableitung konkreter Maßnahmen ermöglichen.

Die Erhebung umfasste die schriftliche Befragung von 196 Einrichtungen (105 Träger), der Rücklauf betrug 114 Fragebögen (58 %).

Das Regionale Bildungsbüro erhielt im Zuge seiner Bemühungen auch die Möglichkeit, Einblick in die Daten der Einschulungsuntersuchungen zu nehmen, die dem Gesundheitsamt vorliegen.

Die Befunde der Datenerhebung wurden in einem Sachstandsbericht Sprachförderung 2010²³ gebündelt. Die zentralen Ergebnisse waren:

- 25 % aller Kinder des in der Einschulungsuntersuchung berücksichtigten Jahrgangs haben einen intensiven Förderbedarf.
- Nicht alle Kinder mit Förderbedarf können im Kindergarten im erforderlichen Umfang gefördert werden.
- Es existierte eine sehr heterogene Landschaft an Programmen und Fortbildungen zum Thema Sprachförderung.
- Erstrebenswert scheinen eine Sprachförderung im Alltag, die Freude an Sprache weckt, sowie eine gezielte Förderung von Migranten und eine stärkere Einbeziehung der Eltern.

²² Vergl. dazu <http://www.bildungsregion-ravensburg.de/servlet/PB/show/1375509/Bildungsbericht%202008%20digital.pdf>.

²³ Vergl. dazu http://www.bildungsregion-ravensburg.de/servlet/PB/show/1383198/Ergebnisse%20Sachstandserhebung%20Sprachforderung_final.pdf und http://www.bildungsregion-ravensburg.de/servlet/PB/menu/1380933_11/index.html.

- Den Kindertagesstätten fehlen offenbar Zeit und Personal für die Sprachförderung.
- Inhaltlich wünschen sie sich praktische Tipps und Übungen zur Sprachförderung und eine Intensivierung der Elternarbeit.
- Maßnahme, Umfang und Möglichkeiten variieren sehr stark von Einrichtung zu Einrichtung.
- Förderprogramme weisen organisatorische Schwierigkeiten auf (Antragsstellung, Zeitrahmen).
- Die Effektivität von Sprachfördermaßnahmen wird als insgesamt sehr positiv gesehen, allerdings als nicht umfangreich genug.

Runder Tisch Sprachförderung:

Die Befunde der Sachstandserhebung sollten den Ausgangspunkt für konkrete Handlungsschritte bilden. Aus diesem Grund wurde als eine konkrete Maßnahme die Einrichtung eines Runden Tisches Sprachförderung abgeleitet, an dem die Fachberatungen für den Kindertagesstättenbereich, die Kindergartenleitung der Stadt Ravensburg, die Kindergartenleitung für den ländlichen Raum, eine Grundschullektorin im Rahmen des Projektes "Schulreifes Kind", eine Sprachförderkraft, die Pädagogische Hochschule Weingarten, das Institut für Soziale Berufe, die Sophie-Scholl-Schule Leutkirch, die Caritas, das Hör-Sprachzentrum, das Staatliche Schulamt Markdorf sowie das Gesundheitsamt teilnehmen.

Der Runde Tisch konzentriert sich vor allem auf drei Arbeitsschwerpunkte:

- Förderung in Gruppen:
 - Das Landesprogramm "Intensive Sprachförderung im Kindergarten" (ISK),
 - Entlastung der Erzieherinnen und Erzieher im Alltag.
- Förderung im Alltag:
 - Coaching Konzept für Erzieher/innen,
 - "Hüterin der Sprache".
- Elternarbeit:
 - "Griffbereit",
 - "Rucksackprojekt" für Eltern mit Migrationshintergrund,
 - "Mach dich stark" für Eltern ohne Migrationshintergrund,
 - Familienbildung.

Das im Rahmen des Runden Tisches erarbeitete gemeinsame Qualifizierungskonzept für Erzieher/innen setzt sich aus sechs Bausteinen zusammen:

- Grundlagen,
- Sprachanalyse und Förderpläne,
- Sprachliches Handeln der Erzieher/innen,
- Sprachförderung in allen Bildungsbereichen,
- Eltern und Netzwerkaufbau Sprache,
- Coaching.

Weitere Informationen zur Sprachförderung in Ravensburg, zur Sachstandserhebung, zum Runden Tisch sowie zum Qualifizierungskonzept für Erzieher/innen finden sich unter <http://www.bildungsregion-ravensburg.de>.

4. Arbeitsschritte für die datenbasierte Planung

Kapitel 4 bündelt die bislang dargestellten Inhalte noch einmal und weist exemplarisch auf mögliche Datenquellen hin. Dabei soll und kann keine erschöpfende Auflistung von Datenquellen gegeben werden, Ziel ist vielmehr, die Vielfalt aufzuzeigen und zur eigenen Recherche anzuregen.

4.1. Arbeitsorganisation, Vorgehen und Beteiligte

In den vorangegangenen praktischen Beispielen wurden einige Fragestellungen zum konkreten Vorgehen deutlich, vor die sich Bildungsregionen bei der datenbasierten Planung gestellt sehen. An dieser Stelle sei das mögliche Vorgehen noch einmal in aller Kürze zusammengefasst.



4.2. Mögliche Datenquellen

In den vorangegangenen Berichten aus einigen Bildungsregionen wurde die Vielzahl an möglichen Datenquellen deutlich. Eine der zentralen Datenquellen für die regionale Bildungsberichterstattung stellen die Kommune oder der Kreis selbst dar. Sie verfügen in ihren Ämtern und Dienststellen über vielfältige bildungsrelevante Daten. Dabei ist allerdings zu beachten, dass nicht alle Daten zur Veröffentlichung freigegeben sind. Bei der Nutzung unterschiedlicher Datenquellen ist die gute Passung der Daten zu beachten. Sie liegen beispielsweise oftmals auf unterschiedlichem Aggregationsniveau vor und werden in unterschiedlichen Zeiträumen periodisch erhoben. Dies hat zur Konsequenz, dass eine Verknüpfung von Daten, die aus unterschiedlichen Quellen stammen, in den meisten Fällen nicht möglich ist.

Besonders wichtig für Bildungsregionen ist aber auch das umfangreiche Datenangebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, auf das im Folgenden detaillierter eingegangen wird.

Das Datenangebot des Statistischen Landesamts

Dr. Rainer Wolf, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Das Online-Angebot

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg stellt auf seiner Website <http://statistik-bw.de> ein umfangreiches Datenangebot zur Verfügung.

The screenshot shows the website of the Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. The browser window title is 'Statistisches Landesamt Baden-Württemberg - Windows Internet Explorer bereitgestellt von IZLBW'. The address bar shows 'http://statistik-bw.de/'. The website header includes the logo and navigation links: 'Service', 'Kontakt', 'Links', 'Struktur- und regionaldaten', 'Suchen', 'Suchtipps', and 'Sitemap'. A main navigation menu on the left lists various categories: Fläche, Bevölkerung; Bildung, Kultur; Gesundheit, Soziales, Rechtspflege; Wahlen; Volkswirtschaft, Branchen (URS), Konjunktur, Preise; Erwerbstätigkeit; Landwirtschaft; Industrie, Handwerk, Bauen und Wohnen; Dienstleistungen; Öffentl. Finanzen, öffentl. Dienst; Umwelt, Verkehr, Energie. The main content area features a 'Neueste Pressemitteilungen' section with several news items, such as 'Haltungsform von Rindern abhängig von Tierkategorie und Produktionsschwerpunkt' and 'Reallohne im 4. Quartal 2010 um 3,4 Prozent gestiegen'. There are also sections for 'Wahl zum 15. Landtag von Baden-Württemberg am 27. März 2011' and 'Konjunktur Südwest 2011/1: Erholungskurs setzt sich fort'. A right-hand sidebar contains 'Datenmeldung' (Online-Erhebung, Formularextras), 'Bund und Länder', 'Portale', 'LIS Datenbanken', and 'Aktuelles'. The footer shows the system tray with 'Start', 'Statistisches Landesamt', 'Internet', and the time '12:18'.

In der linken Navigationsleiste ist das Angebot thematisch gegliedert. In der rechten Leiste sind einzelne Angebote, wie z. B. Veröffentlichungen (Statistische Berichte und andere aktuelle Produkte) oder die Regionaldatenbank direkt auswählbar.

Informationen zum Bildungsbereich sind am schnellsten über die linke Leiste unter dem Stichwort „Bildung, Kultur“ zu finden (<http://statistik-bw.de/BildungKultur/>). Für die kommunale Bildungsberichterstattung dürfte insbesondere das Angebot an Regionaldaten von Interesse sein. Je nach Tabelle gibt es hier Informationen bis auf Gemeinde- oder Kreisebene. Allerdings können aus Kapazitätsgründen nicht alle verfügbaren Daten online zur Verfügung gestellt werden.

The screenshot shows the website interface for the 'Struktur- und Regionaldatenbank' of the Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. The browser window title is 'Regionaldaten - Statistisches Landesamt Baden-Württemberg - Windows Internet Explorer bereitgestellt von IZLBW'. The address bar shows the URL 'http://statistik-bw.de/SRDB/home.asp?H=7&U=01'. The page features a navigation menu on the left with various thematic categories. The main content area includes a search bar, a map of Baden-Württemberg with regional codes, and several dropdown menus for selecting data tables and regions. The footer contains the copyright information: '© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2011'.

Weitere Datenquellen im Statistischen Landesamt

Über das Online-Angebot hinausgehende Informationen aus der amtlichen Schulstatistik, der Hochschulstatistik, der Berufsbildungsstatistik und weiterer Erhebungen zu bildungsrelevanten Fragestellungen liegen im Statistischen Landesamt teilweise in Form von Standard-Tabellen vor, teilweise sind hierzu Sonderaufbereitungen aus dem Basismaterial erforderlich. Entsprechende Auswertungen können Sie am besten per E-Mail beim Statistischen Landesamt anfordern.

Die Tiefe der regionalen Gliederung hängt von der jeweiligen Fragestellung ab. Daten auf Kreisebene sind in der Regel verfügbar. Eine Reihe von Angaben kann auch auf Gemeindeebene zur Verfügung gestellt werden. Angaben zu einzelnen Bildungseinrichtungen sind – mit Ausnahme von Adressdaten und Schülerzahlen – dagegen grundsätzlich nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Eine Ausnahme von dieser Regelung kann nur für die Schulträger öffentlicher Schulen gemacht werden, da diese die Daten ohnehin im Rahmen der amtlichen Schulstatistik als Mehrfertigung in Papierform von den Schulen erhalten. Grundsätzlich ist bei allen Datenlieferungen der Datenschutz zu beachten, so dass keine identifizierbaren Einzelangaben übermittelt werden.

Zu den Liefermöglichkeiten, Grenzen und Kosten der gewünschten Daten erhalten Sie bei den unten aufgeführten Ansprechpartnern eine Beratung. Sollte sich ergeben, dass die Bereitstellung der von Ihnen benötigten Daten Kosten verursacht, die in Rechnung gestellt werden müssen, erhalten Sie vorab einen Kostenvoranschlag. Gerne unterstützt Sie das Statistische Landesamt auch bei der Interpretation der Daten, soweit dies möglich ist. Die Kern- und Überblicksindikatoren aus dem Anwendungsleitfaden zum kommunalen Bildungsmonitoring liegen auf Kreisebene vor und können kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Kontaktdaten:	auskunftsdienst@stala.bwl.de
Telefonische Ansprechpartner:	Herr Fourkalidis (0711) 641-2619
	Herr Dr. Wolf (0711) 641-2589

5. Thematische Kennzahlsätze

Im folgenden Kapitel soll an einigen konkreten Beispielen schlaglichtartig deutlich gemacht werden, wie themenspezifisch Daten erhoben werden können und auf welche Kennzahlsätze dabei zurückgegriffen werden kann. Beispielhaft werden dazu die Themen "Bildung von jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf" und "Indikatoren gestützte Darstellung bildungsbiografischer Übergänge von der allgemein bildende Schule in die berufliche Ausbildung" betrachtet.

5.1. Beispiel: Bildung von jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Die Bildung von jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder Behinderung ist gleichermaßen Aufgabe an Sonderschulen wie an allgemeinen Schulen. Neben der Schule sind meist weitere Institutionen und Einrichtungen am Aufbau eines individuell konzipierten Fördersystems beteiligt, wie z. B. die Träger der Eingliederungshilfe oder der Hilfen für Erziehung.

Empfehlungen des Expertenrats "Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung"

Die geplante Überführung der Sonderschulpflicht in die allgemeine Schulpflicht, die damit einhergehende Stärkung des Elternrechts sowie die vorgesehene Weiterentwicklung der Sonderschulen zu Kompetenzzentren für Bildung und Beratung kann durch eine regionale Aufbereitung und Darstellung der für die Steuerung der sonderpädagogischen Förderung relevanten Kennziffern unterstützt werden. Entsprechende datenbasierte Bestandsaufnahmen können zu einer größeren Transparenz in diesem Bildungsbereich führen sowie gleichzeitig eine bessere Vernetzung der dort handelnden Akteure ermöglichen. Eine datengestützte Berichterstattung ist ein hilfreiches Instrument für die Optimierung der Angebotsstrukturen im Sinne bedarfsorientierter und lernortadäquater Fördermöglichkeiten für behinderte bzw. von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche.

Als Ergebnis einer sich aus Vertretern der Kommunen, des Statistischen Landesamts Baden-Württembergs, des Landesinstituts für Schulentwicklung und der Kultusverwaltung zusammengesetzten Arbeitsgruppe entstand ein Datentableau als Mustervorlage für die Aufbereitung regionaler Datensätze im Bereich der sonderpädagogischen Förderung (vgl. Anlage 7.1.). Die Erstellung eines solchen Bestands an steuerungs- und planungsrelevanten Daten ist Grundlage für eine qualifizierte, an die individuellen Erfordernisse der Betroffenen angepasste Beratung der Schulverwaltung. Die Datensammlung hat zum Ziel, zu einer erhöhten Transparenz dieses Bildungsbereichs zu führen. Regionale Angebotsstrukturen können weiterentwickelt und Kooperationen der beteiligten Institutionen ausgebaut werden.

Das empfohlene Datentableau für regionale Bildungsdaten im Bereich der sonderpädagogischen Förderung gliedert sich in die Abschnitte

I. Kennziffern zur sonderpädagogischen Förderung,

II. Daten für die Beratungsplanung,

III. Daten der Sozial- und Jugendhilfe.

Für jede einzelne Kennziffer ist kenntlich gemacht, aus welchen Quellen die erforderlichen Daten entnommen werden können. Zudem wird nach Kern- (K) und Ergänzungsbereichen (E) unterschieden (vgl. vollständiges Datentableau im Anhang).

Datentableau 'Regionale Bildungsdaten Sonderpädagogische Förderung'

Kern- (K) und Ergänzungsindikatoren (E)²⁴

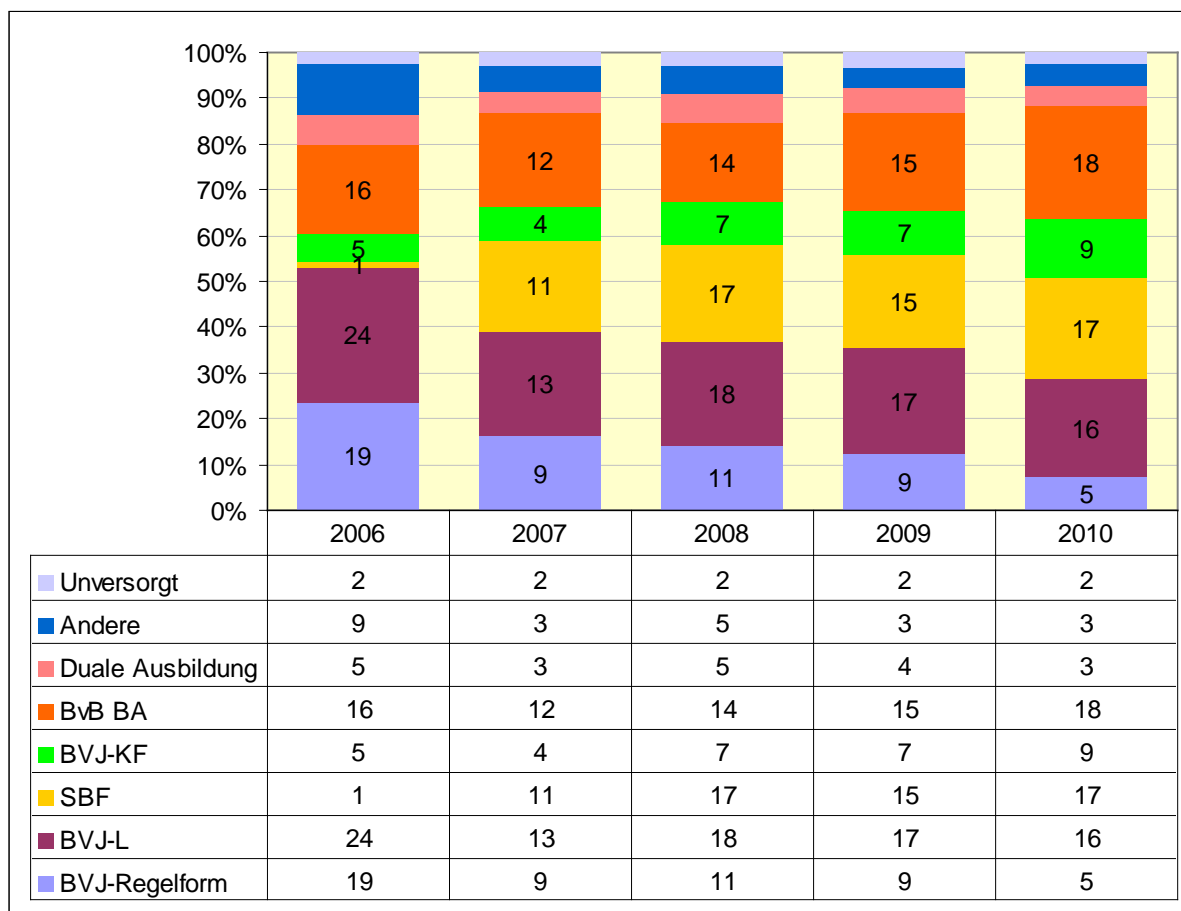
I. Kennziffern Sonderpädagogische Förderung		Datenquelle	
		Land	Kommunen/ private Träger
Elementarbereich			
1 K	Anzahl der von Sonderpädagogischen Beratungsstellen geförderten Kinder nach Art der Beratungsstelle	StaLa	
2 K	Anzahl der Kinder in Schulkindergärten nach Geschlecht, Nationalität/Migration, Förderschwerpunkt (Verteilung auf die einzelnen Typen von Schulkindergärten)	StaLa	
3 K	Anzahl der im Rahmen der Frühförderung geförderten Kinder im allgemeinen Kindergarten nach Behinderungsart	StaLa	
4 K	Anzahl des Betreuungs- und Erziehungspersonals an Schulkindergärten nach Ausbildung	StaLa	
Bereich allgemeine Schulen			
5 K	Anzahl der integrativ geförderten Schülerinnen und Schüler nach Schulart, Behinderungsart, öffentliche/private Trägerschaft	StaLa	

Abb: Ausschnitt aus dem Datentableau "Regionale Bildungsdaten Sonderpädagogische Förderung"

Um die Fülle der nach dieser Gliederung dargestellten Daten aus dem Bereich der sonderpädagogischen Förderung für eine Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen nutzbar machen zu können, empfiehlt sich eine graphische Aufbereitung. Mit der zur Verfügung stehenden Standardsoftware sind Diagramme erzeugbar, die einen raschen Überblick zum betrachteten Themenfeld liefern.

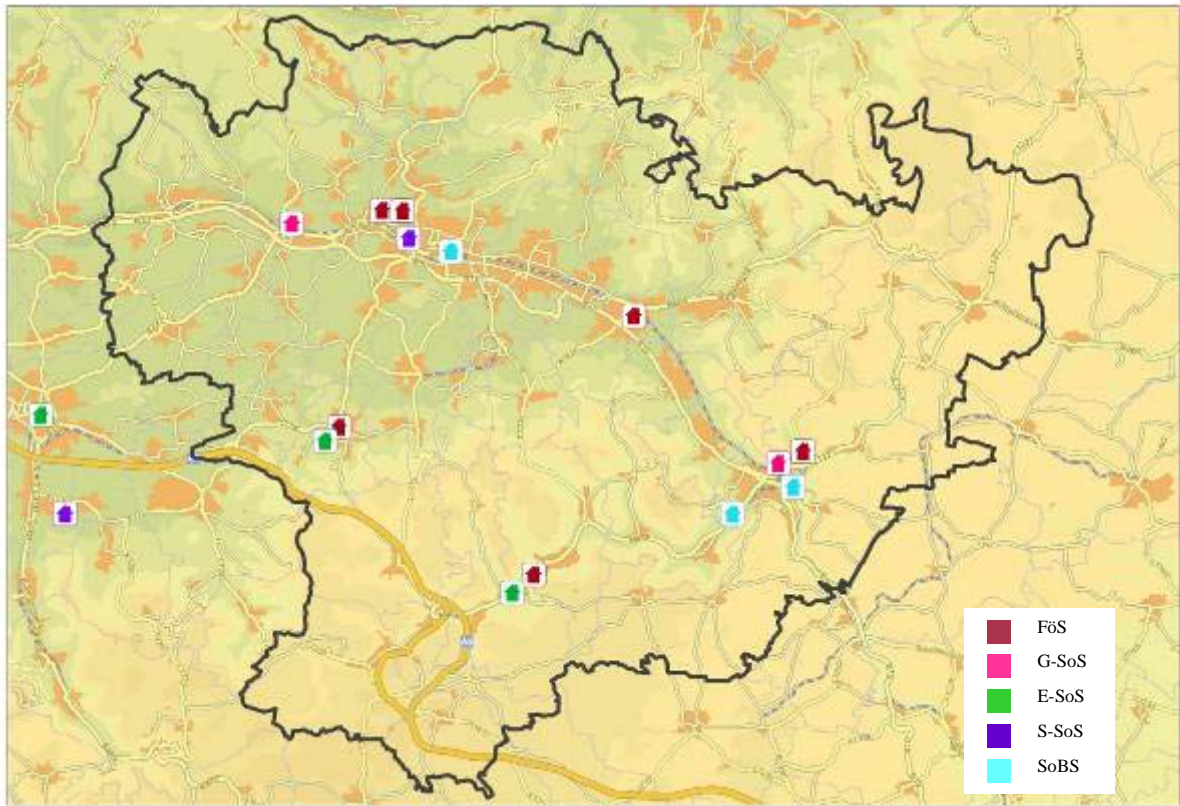
²⁴ Anmerkung: In der Fachsprache werden zentrale steuerungsrelevante Daten, die zu einer umfassenden Darstellung der Bildungslandschaft notwendig sind, als *Kernindikatoren* bezeichnet. *Ergänzungsindikatoren* ermöglichen zusätzliche Perspektiven und dienen bspw. dazu, spezifische regionale Akzente zu setzen.

Beispieldiagramm: Anschlusslösungen von Absolvent/innen aus Förderschulen im Landkreis X seit dem Abgangsjahr 2006



Vertiefende Datenanalysen und eine differenzierende Betrachtung regionaler Strukturen ermöglichen Kartendarstellungen. Diese Form der Visualisierung kann Zusammenhänge zwischen Angeboten, Standorten, Verkehrswegen und demographischen Faktoren deutlich machen. Hierzu bedarf es allerdings einer speziellen Software, die in vielen Fällen jedoch bei den Kommunen vorhanden ist.

Beispielkartendarstellung: Verkehrswege und Standorte von Sonderschulen im Landkreis X und angrenzenden Landkreisen



5.2. Indikatoren-gestützte Darstellung bildungsbiografischer Übergänge – Beispiel: Von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung

Übergänge treten an den Schnittstellen innerhalb des Bildungswesens oder bei seinem Verlassen auf. Die indikatoren-gestützte Darstellung von Übergängen ist eine der wenigen Möglichkeiten einer daten-gestützten Annäherung an die Leitidee der Bildungsberichterstattung "Bildung im Lebenslauf", d. h. Bildungsbiographien von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen abzubilden. Eingeschränkt wird die Darstellung dieses Konzepts zum einen dadurch, dass die Betrachtung von Übergängen auf die institutionellen Bildungswege beschränkt ist beispielsweise vom Primar- in den Sekundarbereich, und zum anderen bisher keine Individualdaten zu Bildungsverläufen seitens der amtlichen Statistik vorliegen. Am Beispiel des Übergangs von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung wird im Folgenden die Möglichkeiten der indikatoren-gestützte Darstellung bildungsbiografischer Übergänge in einer kommunalen Bildungslandschaft erläutert.

Der "Anwendungsleitfaden für den Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings"²⁵ (Stand: Februar 2011) bietet u. a. den Bildungsregionen mit seiner umfassenden Auflistung von Kern- und Ergänzungsindikatoren eine hilfreiche Unterstützung bei der Erstellung eines kommunalen Bildungsberichts. Im Folgenden wird die dem Anwendungsleitfaden zugrunde liegende Terminologie verwendet, d. h. anstelle von Indikatoren und Kennziffern nach Döbert (vgl. Kapitel 2.2) werden die Begriffe Kern- und Ergänzungsindikatoren verwendet. In der Beschreibung der einzelnen Kern- und Ergänzungsindikatoren finden sich auch Hinweise auf mögliche Bezugsquellen für die entsprechenden Daten, auf die exakte Definition der Bezugsgrößen, auf die regionale Bezugsebene, auf die Periodizität der Verfügbarkeit der Daten sowie auf den Bezug zu anderen Kennzahlen und Berichtssystemen. Die abgebildeten Indikatoren sollen einen exemplarischen Einblick in die Möglichkeiten geben, die der Anwendungsleitfaden im Bereich bildungsbiografischer Übergänge bietet.

²⁵ <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BildungKultur/Analysen!Aufsaetze/bildungsmonitoring.pdf>.

Übergang von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung

Da keine Individualdaten zu Bildungsverläufen vorliegen, kann man den Übergang mit der amtlichen Statistik nicht personenbezogen, sondern nur für einzelne Jahrgänge darstellen.

Der "Anwendungsleitfaden für den Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings" bietet insgesamt fünf Kern- und Ergänzungsindikatoren an, welche den Übergang von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung beschreiben:

Übergang von der allgemein bildenden Schule an die berufliche Schule

- Kernindikator E12.1: *Schulische Herkunft der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen*
- Ergänzungsindikator E12.2: *Rechnerische Übergangsquoten neu eingetretener Schülerinnen und Schüler in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems* (Berechnung mit Hilfe des Kernindikators D15.1: *Schulabgangsquote an allgemein bildenden Schulen*)
- Kernindikator E12.3: *Anteile der allgemein bildenden Schulabschlüsse neu eingetretener Schülerinnen und Schüler in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems*

Übergang von der allgemein bildenden Schule in die duale Berufsausbildung

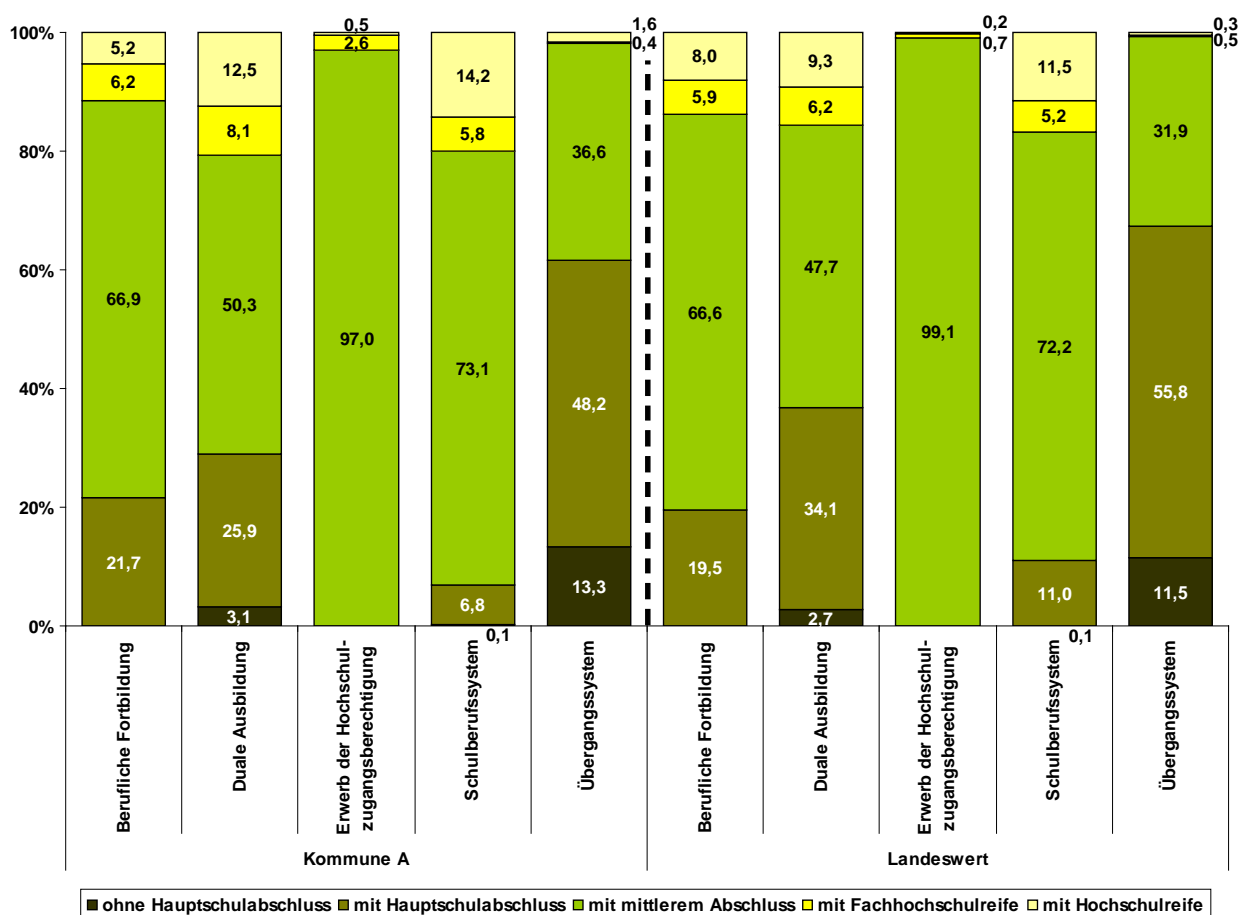
- Ergänzungsindikator E12.4: *Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Berufsgruppen*
- Ergänzungsindikator E12.5: *Anteil der Berufsgruppen an der Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge*

Eine detaillierte inhaltliche Beschreibung zu den aufgeführten Kern- und Ergänzungsindikatoren hinsichtlich Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahlen sowie die Berechnungsformeln befindet sich im Anhang (vgl. Kapitel 7.2.).

Beispiel

Mit Hilfe des Kernindikators E12.3 *Anteile der allgemein bildenden Schulabschlüsse neu eingetretener Schülerinnen und Schüler in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems* lassen sich unterschiedliche Bedingungen und Entwicklungen einzelner Kommunen mit einem Referenzwert, hier dem Landesmittel, vergleichen (vgl. Beispieldiagramm).

Beispieldiagramm: Vergleich der Anteile allgemein bildender Schulabschlüsse neu eingetretener Schüler/innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems einer Kommune A mit dem Landesmittelwert in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems (Schuljahr 2009/10)



Weitere Datenquellen

Eigene Erhebungen und Zusatzerhebungen können eine zweckmäßige Alternative zur amtlichen Statistik sein oder diese ergänzen, vor allem bei Themen, zu denen keine oder keine ausreichenden Daten vorliegen. Insbesondere inhaltlich fokussierte und kleinräumliche Analysen können erfolgreich sein, wie bspw. eine Verbleibsstudie von Hauptschülerinnen und Hauptschülern nach dem Schulabschluss über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg. Generell sollte bei eigenen Erhebungen bzw. Zusatzerhebungen eine Gegenüberstellung von Aufwand und Kosten im Verhältnis zum erzielten Nutzen erfolgen und eine Passung der zusätzlich gewonnenen Daten mit denen der amtlichen Statistik geprüft werden. Ebenso sollte der zeitliche Aufwand für diese Erhebungen entsprechend eingeplant werden.

Eine weitere Datenquelle stellt die Agentur für Arbeit dar. Sie verfügt über Daten zur Zahl der Auszubildenden und zur Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Eine branchenspezifische Aufschlüsselung gibt einen Einblick in den Anteil der Auszubildenden in verschiedenen Branchen. Einen Eindruck von der Bedeutung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten kann der Anteil der Jugendlichen liefern, die sich in einer solchen Ausbildung befinden. Neben diesen Daten kann die Arbeitsagentur Daten zur Verfügung stellen, die im Zuge der Berufsbildungsstatistik erhoben werden. Dazu gehören die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die nichtvermittelten Ausbildungsplatzsuchenden, die nichtbesetzten Ausbildungsplätze und die Zahl der Vertragsauflösungen. Ein Teil dieser Zahlen liegen auf Bundes- und Landesebene, vom Bundesinstitut für Berufsbildung aufbereitet, im Internet vor. Interessant wäre, ob die Arbeitsagenturen diese Daten auch auf Landkreisebene zur Verfügung stellen können. Weiterer Ansprechpartner wäre das statistische Landesamt oder die für Berufsschulen zuständigen Behörden.

Mögliche Datenquellen:

- Statistisches Landesamt / Amtliche Statistik
- Eigene Erhebungen
- Agentur für Arbeit
- Kommunalverband für Jugend und Soziales
- Bundesinstitut für Berufsbildung / Berufsbildungsstatistik
- Regionalstatistik

Zahlen zur Arbeitslosigkeit auf Kreisebene finden Sie gut aufbereitet im Internet unter www.regionalstatistik.de. Die Zahl und der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren können für die Einschätzung der Übergangssituation von der Schule in die Arbeitswelt hilfreich sein.

Die Datenplattform der Agentur für Arbeit²⁶ stellt monatsbezogen die wichtigsten Kennzahlen für Kreise und kreisfreie Städte sowie die Träger der Grundsicherung zur Verfügung. Das Datenangebot kann zur Erstellung von Analysen und Vergleichen herangezogen werden. Neben den Ergebnissen für Kreise, kreisfreie Städte und Träger sind auch die Werte auf

²⁶ Siehe dazu unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/SGB-II-Kennzahlen/2010/Juli/Zu-den-Daten-Nav.html>.

Bundesebene, für West- und Ostdeutschland sowie für die einzelnen Bundesländer zugänglich. Das angebotene Analysetool ermöglicht vergleichende Analysen und die Erstellung von Vergleichsdarstellungen. Die einzelnen Kennzahlen und Grunddaten können auf diese Weise grafisch dargestellt werden. Für ausgewählte Kennzahlen (ab Juni 2009) stehen Zeitreihen für Kreise und kreisfreie Städte für gleitende 25-Monats-Zeiträume zur Verfügung.

Berufsbildungsstatistik:

<http://www.bibb.de/de/781.htm>

Beispiel: Regionales Übergangsmanagement Schule-Beruf (RÜM) in Stuttgart²⁷

Als ein weiteres Beispiel für eine datenbasierte Planung und Berichterstattung im Bildungsbereich kann die Längsschnittstudie im Rahmen des Regionalen Übergangsmanagement Schule-Beruf in Stuttgart angeführt werden.

Die Landeshauptstadt Stuttgart nimmt als eine von 27 Kommunen im Bundesgebiet am Programm "Perspektive Berufsabschluss" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung teil. Auf diese Weise können die bisherigen Aktivitäten zur engeren Verzahnung der verschiedenen Maßnahmen im Bereich des Übergangs von der Schule in den Beruf noch weiter intensiviert werden. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Europäischen Sozialfonds geförderte Vorhaben wird vom Jugendamt Stuttgart koordiniert und durchgeführt.

Das Handlungsprogramm des Regionalen Übergangsmanagements umfasst drei Aspekte:

- Verbesserung des Übergangs am "Startplatz Hauptschule",
- Verbesserung der lokalen Datenlage/Aufbau einer Datengrundlage,
- Entwicklung einer abgestimmten Angebotsplanung.

Die Aktivitäten (Vernetzung, Abstimmung, Transparenz) werden von der "Steuerungsgruppe u25" getragen, der die Leitungen der beteiligten Systeme angehören:

- Jugendamt,
- Agentur für Arbeit,
- Staatliches Schulamt,
- Arbeitsförderung,
- Handwerkskammer Stuttgart,
- Schulverwaltungsamt,
- Stabsstelle Integrationspolitik,
- IHK Stuttgart,
- Job Center.

²⁷ Siehe <http://www.stuttgart.de/ruem> und <http://www.perspektive-berufsabschluss.de>.

Im Rahmen des Regionalen Übergangsmanagements hat die Landeshauptstadt Stuttgart das Deutsche Jugendinstitut mit einer auf drei Jahre angelegten Längsschnittstudie²⁸ beauftragt, die den Abschlussjahrgang 2007 an 35 Stuttgarter Hauptschulen und elf Förderschulen in den Blick nimmt. In insgesamt vier Erhebungen (Frühjahr 2007, Herbst 2007, Herbst 2008, Herbst 2009) wird dabei die Situation der Jugendlichen erfasst: von ihren Plänen vor dem Abschluss bis hin zu ihrer Situation im dritten Jahr nach dem Übergang. Die Studie untersucht also den Weg, den die Jugendlichen nach ihrem Schulabschluss nehmen. Aktuell liegt nun der Bericht der dritten Folgerhebung vor, der neben den zentralen Befunden auch Handlungsempfehlungen enthält.

In der Erhebung zeigen sich die hohen Bildungsambitionen der jungen Menschen, die zu einem großen Teil durchgängig die Schule besuchen und weitere höhere Schulabschlüsse anstreben. Die Ausbildungsverhältnisse verlaufen in der Regel stabil. Die Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses hängt jedoch entscheidend davon ab, ob ein Migrationshintergrund vorliegt. Die Studie zeigt den weiter andauernden Handlungsbedarf im Übergangsmanagement auf.

Die erste Erhebung (schriftlicher Fragebogen) nahm folgende Aspekte in den Blick:

- Situation im letzten Schuljahr,
- Vorbereitung auf das Verlassen der Schule,
- Berufliche Pläne der Jugendlichen.

Die erste Folgerhebung (Telefoninterview) untersuchte folgende Aspekte:

- Bildungs- und Ausbildungsstationen wenige Monate nach dem Ende des letzten Schuljahres.

Die zweite Folgerhebung (Telefoninterview) fokussierte folgende Aspekte:

- Übergangswegen ins zweite Jahr nach dem Schulabschluss, z. B. unmittelbarer Übergang in eine Berufsausbildung, Berufsausbildung nach Zwischenschritten, Schritte nach einem Berufsvorbereitenden Jahr, Stabilität des weiteren Schulbesuchs, vorzeitige Beendigungen und Abbrüche.

Die dritte Folgerhebung (Telefoninterview) widmete sich folgenden Aspekten:

- Bildungs- und Ausbildungswege bis ins dritte Übergangsjahr: z. B. Wege in die Ausbildung, Wege des weiteren Schulbesuchs, Wege nach berufsvorbereitenden Angeboten, riskante und problematische Wege, Wege der Förderschulabsolvent/innen.

Die Erhebung definiert die relevanten Teilaspekte hinsichtlich der einzelnen Frageblöcke, gewissermaßen die Indikatoren der Untersuchung. Die Ergebnisse werden interpretiert und münden in konkrete Handlungsempfehlungen.

²⁸ Vergl. Gaupp, Nora; Geier, Boris: Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur dritten Folgerhebung der Stuttgarter Schulabsolventenstudie. Stuttgart 2010.

6. Tipps für grafische Aufbereitung und Präsentation

An die bislang erfolgte Darstellung der theoretischen und bildungspolitischen Hintergründe, der zentralen Begriffe und Fragestellungen sowie einiger praktischer Umsetzungsbeispiele schließen sich im Folgenden einige Hinweise für die grafische Gestaltung und Präsentation der erhobenen Daten an. Dabei werden insbesondere Säulen-, Balken-, Kreis- und Liniendiagramme vorgestellt. Die grafische Darstellung der Befunde sollte dem Adressaten des Berichts die 'Lesbarkeit' der Daten erleichtern und dem darzustellenden Sachverhalt gerecht werden.

Umfangreiches Datenmaterial verständlich und nachvollziehbar aufzubereiten ist eine komplexe Aufgabe und stellt hohe Anforderungen an die Statistiker. Das berühmte Zitat²⁹ „*Ich glaube keiner Statistik, die ich nicht selbst gefälscht habe.*“ trifft ebenfalls für die grafische Aufbereitung und Darstellung von Daten zu. Fehler führen unter Umständen zu konträren bzw. unbeabsichtigten Aussagen.

Zahlen 'sprechen lassen' ist das Ziel der folgenden Beispiele. Mit Hilfe von Schaubildern wie bspw. Diagrammen oder auch mit Daten „verknüpfte“ Landkarten (bspw. Kennzahlen auf Stadtteilebene) lassen sich oftmals auch umfangreiche Datenmengen im Vergleich zu einer Tabelle anschaulicher darstellen. Leitlinie bei der grafischen Aufbereitung sollte eine eindeutig bestimmte Zielsetzung sein. Hilfreich für eine Zieldefinition sind die folgenden Leitfragen:

1. *Welche Aussage soll getroffen werden?*
2. *Welcher Vergleich ist angestrebt?*
3. *Welches Schaubild wird dem Sachverhalt gerecht?*

Im Folgenden soll vor allem der dritten Fragestellung *Welches Schaubild wird dem Sachverhalt gerecht?* nachgegangen werden. Die Zielgruppe sind hierbei die Leiter/innen der Bildungsbüros für deren Präsentation in Gremien bzw. für die Erstellung der Bildungsberichte.

Beispiele

Es gibt eine Vielzahl von Diagrammtypen denen im Folgenden aus Platzgründen nur eine Auswahl präsentiert werden kann (Säulen-, Balken-, Kreis- und Liniendiagramm). Alle hier dargestellten Diagramme wurden mit gängiger Office-Software erstellt. Für eine professionelle Darstellung in Publikationen werden allerdings komplexe Layoutprogramme eingesetzt.

Hinsichtlich der richtigen Wahl der Darstellung bezogen auf den Inhalt sowie der Fehlervermeidung bei der grafischen Datenaufbereitung hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg eine Broschüre mit vielen praktischen Beispielen zusammengestellt (*Wie man sich durch statistische Grafiken täuschen lässt (2008)*, im Internet unter <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/802008002.pdf> (06.12.2010) zu finden).

²⁹ Fälschlicher Weise wird dieses Zitat dem ehemaligen britischen Premierminister Sir Winston Churchill zugeordnet. Vergl. dazu Barke, Werner: „Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe...“. In: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, H. 11/2004, S. 50-53. Stuttgart 2004.

Beispiel 1 – Säulendiagramm (Typ: gestapelte Säulen)

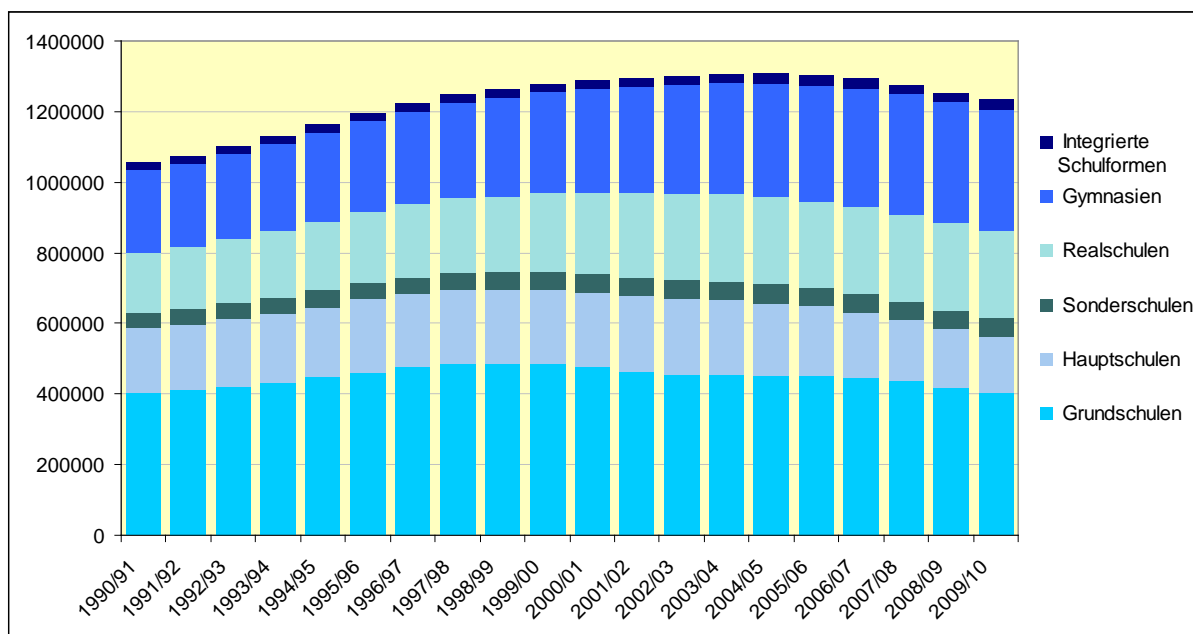
Aus einer vorliegenden Zeitreihe zur Anzahl der Schüler/innen an allgemein bildenden Schulen (Tabelle 1), soll eine übersichtliche Grafik entstehen. Sie soll zum einen die Entwicklung im Zeitverlauf abbilden und zum anderen darüber Auskunft geben, wie viele Schüler/innen der jeweiligen allgemein bildenden Schulart zugeordnet werden.

Die eingangs erwähnte Leitfrage *Welches Schaubild wird dem Sachverhalt gerecht?* kann an dieser Stelle folgendermaßen beantwortet werden: Als geeignete, dem Sachverhalt gemäße Darstellung bietet sich hierfür ein gestapeltes Säulendiagramm an (Abbildung 1). Hierbei ist darauf zu achten, dass zwischen den einzelnen Säulen eine kleine Lücke bestehen bleibt, da jede Säule die Werte für ein einzelnes Schuljahr repräsentiert.

Tabelle 1: Schüler/innen an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg nach Schulart (Schuljahre 1990/91 bis 2009/10)

Schuljahr	Schüler insgesamt	Grundschulen	Hauptschulen	Sonderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Schulformen
1990/91	1055224	405951	179890	43978	172920	230916	21569
1991/92	1075574	412759	183880	45064	176413	235834	21624
1992/93	1103375	421788	189091	46313	182338	241834	22011
1993/94	1133068	432021	194798	47336	188602	247654	22657
1994/95	1162694	446087	200033	48025	193921	251767	22861
1995/96	1196738	461413	206505	49088	199732	256979	23021
1996/97	1224403	474482	208045	49647	205711	263142	23376
1997/98	1249228	485361	207961	50068	210949	271236	23653
1998/99	1264264	486737	207386	50600	216465	279141	23935
1999/00	1279762	485188	209327	51217	223230	286491	24309
2000/01	1287946	477429	211084	52003	229836	292966	24628
2001/02	1295537	463640	214758	53501	237855	300906	24877
2002/03	1300739	454759	215532	54565	243210	307204	25469
2003/04	1307582	453084	212517	55199	247412	313302	26068
2004/05	1306292	451232	205161	54823	247564	320846	26666
2005/06	1301886	452015	194437	54804	244798	328449	27383
2006/07	1290935	447796	182988	54227	244836	333322	27766
2007/08	1275564	435811	172975	54169	244834	340191	27584
2008/09	1254224	419964	162631	53927	246656	343421	27625
2009/10	1233969	404540	156171	53776	246779	344932	27771

Abbildung 1: Schüler/innen an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg nach Schularten im Zeitverlauf



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Beispiel 2 – Balkendiagramm

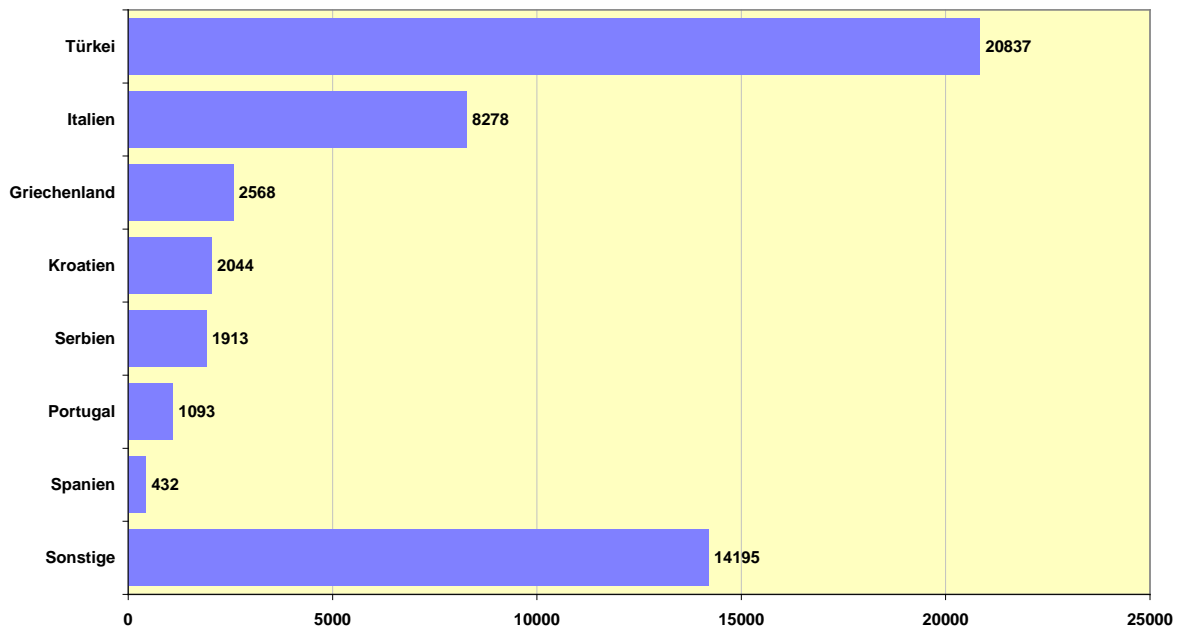
Aus Daten zu ausländischen Schüler/innen an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen in Baden-Württemberg nach ausgewählter Staatsangehörigkeit (Tabelle 2) soll eine Grafik erstellt werden, welche die Unterschiede bezogen auf die absoluten Zahlen verdeutlicht.

Hierfür ist ein Balkendiagramm gut geeignet (Abbildung 2). Die Werte wurden absteigend sortiert, mit Ausnahme der Kategorie 'Sonstige'.

Tabelle 2: Ausländische Schüler/innen an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen in Baden-Württemberg nach ausgewählter Staatsangehörigkeit (Stichtag: 21. Oktober 2009)

Land der Staatsangehörigkeit							
Griechenland	Italien	Serbien	Kroatien	Portugal	Spanien	Türkei	Sonstige
2 568	8 278	1 913	2 044	1 093	432	20 837	14 195

Abbildung 2: Ausländische Schüler/innen an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen in Baden-Württemberg nach ausgewählter Staatsangehörigkeit (Stichtag: 21. Oktober 2009)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Beispiel 3 – Liniendiagramm

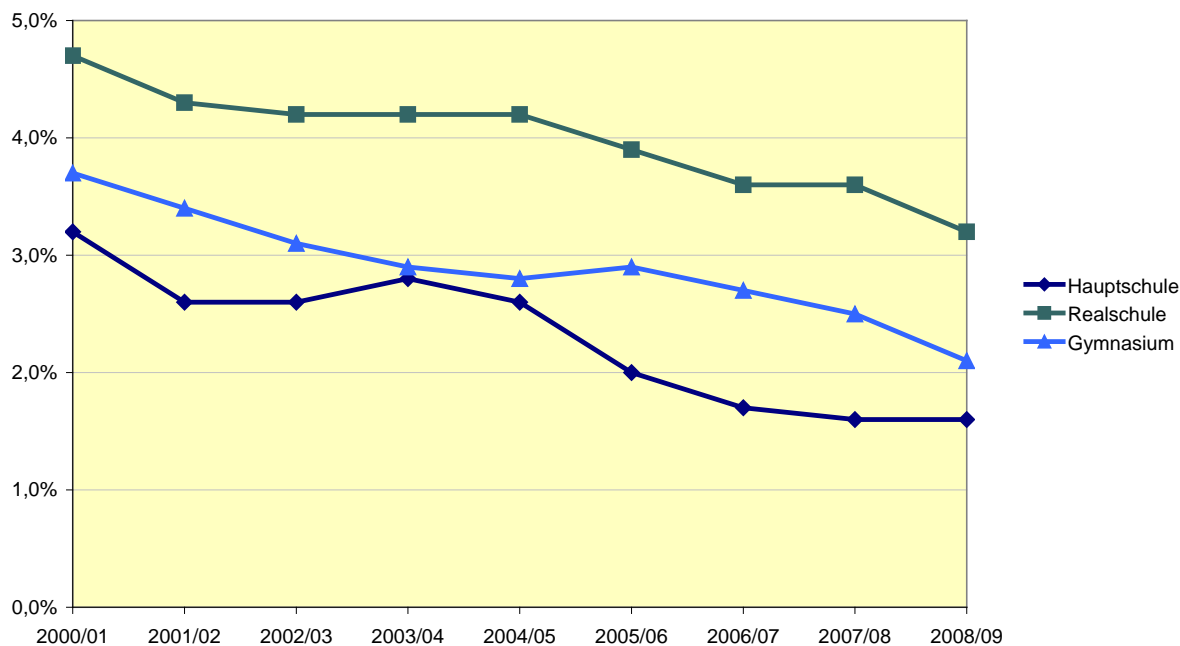
Aus einer Zeitreihe zur Nichtversetztenquoten in Baden-Württemberg an ausgewählten Schularten (Tabelle 3) soll eine Grafik erstellt werden. Sie soll die Entwicklungen im Zeitverlauf differenziert nach den ausgewählten Schularten aufzeigen.

Eine geeignete Lösung hierfür ist ein Mehrfach-Liniendiagramm (Abbildung 3). Liniendiagramme haben den Vorteil, eine Entwicklungstendenz im Zeitverlauf optisch leicht nachvollziehen zu können. Nachteilig ist, dass die Linie suggeriert, es könnten auch genaue Werte zwischen den einzelnen Jahresangaben abgelesen werden. Die grafische Verbindung von Einzelwerten – z. B. Werte für ein bestimmtes Jahr – ist statistisch nicht ganz korrekt. Aus diesem Grund werden Liniendiagramme mitunter kritisch gesehen; sie in einem solchen Zusammenhang zu verwenden, ist jedoch gängige Praxis.

Tabelle 3: Nichtversetztenquoten in Baden-Württemberg an ausgewählten Schularten im Zeitverlauf

	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09
Hauptschule	3,2%	2,6%	2,6%	2,8%	2,6%	2,0%	1,7%	1,6%	1,6%
Realschule	4,7%	4,3%	4,2%	4,2%	4,2%	3,9%	3,6%	3,6%	3,2%
Gymnasium	3,7%	3,4%	3,1%	2,9%	2,8%	2,9%	2,7%	2,5%	2,1%

Abbildung 3: Nichtversetztenquoten in Baden-Württemberg an ausgewählten Schularten im Zeitverlauf



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Beispiel 4 – Kreisdiagramm

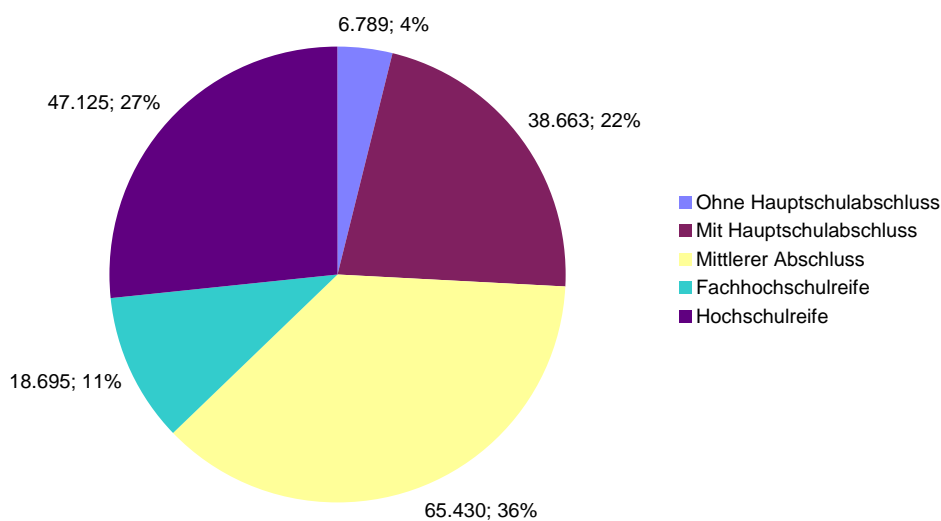
Aus den Daten zu Schulabgänger/innen aus öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen sowie beruflichen Schulen in Baden-Württemberg (Tabelle 4) soll eine Grafik erstellt werden, aus der die Anteile nach Abschlussart hervorgehen.

Insbesondere wenn Teilelemente einer Grundgesamtheit dargestellt werden sollen (hier Abschlussarten), die sich zu einem Ganzen (100 Prozent) addieren, eignet sich ein Kreisdiagramm (Abbildung 4). Bei der Datenbeschriftung können die absoluten Werte und/oder die Anteile ausgewählt werden.

Tabelle 4: Schulabgänger/innen aus öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen sowie beruflichen Schulen in Baden-Württemberg nach Abschlussart (Schuljahr 2009/10)

Abschlussart	Schuljahr 2009/10
Ohne Hauptschulabschluss	6.789
Mit Hauptschulabschluss	38.663
Mittlerer Abschluss	65.430
Fachhochschulreife	18.695
Hochschulreife	47.125

Abbildung 4: Schulabgänger/innen aus öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen sowie beruflichen Schulen in Baden-Württemberg nach Abschlussart (Schuljahr 2009/10)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

7. Anhang

7.1. Datentableau für regionale Bildungsdaten im Bereich der sonderpädagogischen Förderung

Abschnitt I. *Kennziffern sonderpädagogische Förderung* gliedert sich in die Rubriken Elementarbereich, allgemeine Schulen und Sonderschulen.

I. Kennziffern Sonderpädagogische Förderung		Datenquelle	
		Land	Kommunen/ private Träger
Elementarbereich			
1 K	Anzahl der von Sonderpädagogischen Beratungsstellen geförderten Kinder nach Art der Beratungsstelle	StaLa	
2 K	Anzahl der Kinder in Schulkindergärten nach Geschlecht, Nationalität/Migration, Förderschwerpunkt (Verteilung auf die einzelnen Typen von Schulkindergärten)	StaLa	
3 K	Anzahl der im Rahmen der Frühförderung geförderten Kinder im allgemeinen Kindergarten nach Behinderungsart	StaLa	
4 K	Anzahl des Betreuungs- und Erziehungspersonals an Schulkindergärten nach Ausbildung	StaLa	
Bereich allgemeine Schulen			
5 K	Anzahl der integrativ geförderten Schülerinnen und Schüler nach Schulart, Behinderungsart, öffentliche/private Trägerschaft	StaLa	
6 K	Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Außenklassen nach Schultyp und Standorten	StaLa	
Bereich Sonderschulen			
7 K	Anzahl der direkt an Sonderschulen eingeschulten Kinder nach Geschlecht	StaLa	
8 K	Anzahl der Schülerinnen und Schüler nach Geschlecht, ausgewählten Nationalitäten, Sonderschultyp, öffentliche/private Trägerschaft an allgemein bildenden Sonderschulen, Anzahl der Sonderschulen nach Typ	StaLa	
9 K	Anzahl der Schulabgänger aus Sonderschulen nach Geschlecht, deutsche/ausländische Staatsangehörigkeit, Abschlussart	StaLa	
10 K	Anzahl der Lehrkräfte an Sonderschulen, ggf. Gliederung nach Geschlecht, Umfang der Beschäftigung (Vollzeit, Teilzeit, stundenweise), sonstige Beschäftigte; ggf. Gliederung der Qualifizierung der Lehrkräfte nach Sonderschultypen	StaLa SSA	
11 K	Anschlüsse/Übergänge: weitere Bildungs- und Berufswege der Abgänger von Förderschulen	RP/SSA	
12 K	Anschlüsse/Übergänge der Abgänger nach weiteren Sonderschultypen	RP/SSA	

Einer ähnlichen Gliederung in bildungsbiographische Rubriken folgt Abschnitt II. *Daten für die Beratungsplanung*, der noch durch die Rubriken *Struktur- und Entwicklungsdaten*, *Spezielle Daten der Einzelschulen* und *regionale Infra- und Sozialstruktur* ergänzt ist.

II. Daten für die Beratungsplanung			
II. 1. Allgemeine Daten		Datenquelle	
		Land	Kommunen/ private Träger
Elementarbereich			
1 K	Tageseinrichtungen: Anzahl der betreuten Kinder bis 14 Jahre im Überblick	StaLa (Ebene Stadt-/ Land- kreis)	Kommune, priv. Träger (Ebene Einrichtung)
2 K	Kooperationen zwischen Grundschulen und Tageseinrichtungen	SSA	
Bereich allgemeine Schulen			
3 K	Einschulungsquoten und Einschulungsalter (auf Kreisebene)	StaLa	
4 K	Übergangsquoten: Grundschule – weiterführende Schulen und Sekundarstufe I (auf Kreisebene, evt. Schulebene)	StaLa SSA für Schulebene	
Bereich allgemeine Schulen und Sonderschulen			
5 K	Schulen (öffentlich und privat): Anzahl, Schularten und Sonderschularten, Sonderpädagogische Dienste, Sonderpädagogische Beratungsstellen	StaLa	
6 K	Schülerzahlen insgesamt (auf Schulebene)	StaLa	
7 K	Durchgängigkeit – Rückläufigkeit zwischen den Schularten, auch Sonderschulen (auf Kreisebene, evt. Schulebene)	StaLa SSA für Schulebene	
8 K	Bildungspendler/Sonderschulen und Sonderpädagogische Dienste in Nachbarkreisen/Anzahl und Entfernungen	SSA	
9 K	Lehrkräfte/Sonderpädagogische Dienste: Erfassung Einsatzbereiche/-orte einschließlich Entfernungen zwischen allgemeinen Schulen und Sonderschulen	SSA	

Sofern im kommunalen Bereich Schulentwicklungspläne erstellt werden, empfiehlt sich die Abstimmung mit folgenden Daten:

Allgemeine Struktur- und Entwicklungsdaten			
10 E	Bevölkerungszahl, Bevölkerungsentwicklung (bis Ebene Gemeinde; keine Kleinraumanalysen)	StaLa	Kommune
11 E	Geburtenrate	StaLa	
12 E	Wanderungen (Bilanz) nach Altersgruppen (auf Kreisebene)	StaLa	
13 E	Neubaugebiete		Kommune
Bildungsspezifische Struktur- und Entwicklungsdaten			
14 E	Schülerzahlentwicklung auf Ebene der Stadt-/Landkreise	StaLa	Kommune
15 E	Entwicklung der Klassen/Zügigkeit	SSA	
16 E	Entwicklung der Einschulungen, Übergänge	SSA	Kommune, priv. Träger
17 E	Schüler pro Klasse	StaLa	
18 E	Nationalität der Schüler auf Ebene Kommune und Kreise/kreisfreie Stadt (detaillierte Angaben zum Sprach- und Migrationshintergrund können vom StaLa nur für die Kindertageseinrichtungen geliefert werden)	StaLa	Kommune
19 E	Schülerströme ¹⁾	SSA	Kommune, priv. Träger
20 E	Schulstandortentwicklung in der Stadt/Region	Kommune	
II. 2. Spezielle Daten der Einzelschulen (alle Schularten) - Schulraumbestand		Datenquelle	
		Land	Kommunen/ private Träger
1 K	Räume für Betreuungsangebote	SSA	Kommune, priv. Träger
2 K	Barrierefreiheit ²⁾	SSA	Kommune, priv. Träger

II. 3. Spezielle Daten der Einzelschulen (alle Schularten) - Angebotsorientierte Angaben		Datenquelle	
		Land	Kommunen/ private Träger
1 K	Schulprofile, besondere Förderprofile	RP, SSA	
2 K	Ganztagsangebot (offen, teilgebunden, gebunden, rhythmisiert, additiv)	SSA	Kommune, priv. Träger
3 K	Vernetzung mit <ul style="list-style-type: none"> • Elementarbereich, z. B. Bildungshaus, Grundschulförderklassen • Berufsbildung, z. B. Praxis-/Berufsorientierung, Kooperationsklassen, Praxiszüge • anderen Schulen, z. B. HS/RS, Sonderschulen, AGs etc. • externen Partnern, z. B. Vereine, Kirchen etc. 	SSA	
4 K	Betreuungs- und Assistenzkräfte an Sonderschulen ³⁾	SSA	Kommune, priv. Träger

Abschnitt III. berücksichtigt für eine umfassende Betrachtung der sonderpädagogischen Förderung wichtige Datensätze aus der Sozial- und Jugendhilfe.

III. Daten der Sozial- und Jugendhilfe		Datenquelle	
		Land	Kommunen/ private Träger
1 K	Kinder in vorschulischen und schulischen Einrichtungen, die Eingliederungshilfe (SGB XII, SGB VIII § 35a) und Erziehungshilfe (SGB VIII § 27) beziehen (auf Kreisebene)		Kommune
2 K	Anzahl der in Interdisziplinären Frühförderstellen geförderten Kinder nach Art des Förderbedarfs	RP	

7.2. Kern- und Ergänzungsindikatoren zur Beschreibung des Übergangs von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung

Übergänge Berufliche Schulen

Kernindikator	E12.1: Schulische Herkunft der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen
Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	<p>Die schulische Herkunft der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen ist aus der Perspektive der Bildungsplanung und -beobachtung von eminenter Bedeutung. Die Tendenz zu immer ‚höheren‘ Schulabschlüssen vor Aufnahme einer Ausbildung, für die traditionell ‚niedrigere‘ Schulabschlüsse erforderlich waren, muss verfolgt werden. Bildungsplanung muss auf solcherart geänderte Anforderungen reagieren. Für den Schulträger stellt sich hier die Frage nach der Einrichtung neuer oder Schließung bestehender Bildungsgänge, zu deren Klärung er sich mit den übergeordneten Aufsichtsbehörden abstimmen muss. Eine Aufschlüsselung der Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher schulischer Herkunft auf die verschiedenen Sparten des Bereichs der beruflichen Schulen ermöglicht eine differenzierte Bildungsplanung in diesem Sektor. Der Zeitverlauf deckt Ausbaubedarf oder auch Überkapazitäten auf.</p> <p>Da die Bildungsgänge an beruflichen Schulen eine unterschiedliche Dauer aufweisen, ist es angebracht, jeweils die schulische Vorbildung der aktuell neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler auszuwerten, um Verzerrungen bei der Abbildung der zeitlichen Entwicklung zu vermeiden.</p>
Berechnungsformel	<p>Zahl der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler nach Herkunft =</p> <p>Zahl der Ausbildungsbeginner/-innen nach Art des allgemein bildenden Schulabschlusses vor Aufnahme der Ausbildung an einer beruflichen Schule</p>

Ergänzungsindikator	E12.2: Rechnerische Übergangsquoten neu eingetretener Schüler/innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems
Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	<p>Die Chancen auf den Beginn einer qualifizierten Berufsausbildung werden wesentlich vom erreichten allgemeinbildenden Abschluss beeinflusst. Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss und teilweise auch mit Hauptschulabschluss haben zunehmend Probleme beim Übergang in die Berufsausbildung. Die Kennzahl gibt Hinweise auf die Chancen von Jugendlichen, beim Übergang in die Berufsausbildung einen adäquaten dualen oder schulischen Ausbildungsplatz zu erhalten bzw. beschreibt das Risiko, zunächst lediglich einen Platz im Übergangssystem mit dem Ziel einer weiteren Qualifikation zu finden.</p> <p>Eine Aufschlüsselung der Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher schulischer Herkunft auf die verschiedenen Teilbereiche des Berufsbildungssystems ermöglicht eine differenzierte Bildungsplanung in diesem Sektor. Der Zeitverlauf zeigt zunehmenden oder abnehmenden Förderbedarf auf.</p> <p>Allerdings handelt es sich hier nur um eine „rechnerische“ Übergangsquote, da ohne Schülerindividualstatistik keine echten Verläufe des Besuchs verschiedener Bildungsgänge analysiert werden können. Zwischen dem Erwerb des letzten allgemein bildenden Abschlusses und der Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses können mehrere Jahre liegen, die z. B. durch den Besuch einer oder mehrerer Bildungsmaßnahmen im Übergangssystem überbrückt worden waren. Ebenso kann eine „Bildungswanderung“ zwischen Erwerb des Schulabschlusses und dem Eintritt in eine Berufsausbildung oder berufsvorbereitende Maßnahme nicht berücksichtigt werden. Dennoch kann die Entwicklung dieser Quoten einen Eindruck über die Chancen und Risiken verschiedener Gruppen von Jugendlichen beim Übergang in die Berufsausbildung vermitteln.</p> <p>Durch zeitliche Verschiebungen beim Übergang von allgemein bildenden an berufliche Schulen, die Absolvierung mehrerer beruflicher Bildungsgänge nacheinander und Wanderungen über die Kreisgrenze kann es hier zu rechnerischen Quoten von über 100 % kommen.</p>
Berechnungsformel	<p>Rechnerische Übergangsquote neu eingetretener Schüler/innen eines Teilbereichs mit einem bestimmten allgemein bildenden Schulabschluss (in %)</p> $= \frac{\text{Zahl der Ausbildungsbeginner/innen in Bereich b mit Schulabschluss a} \cdot 100}{\text{Zahl der Schulabgänger/innen mit Schulabschluss a im vorherigen Schuljahr}}$

zur Berechnung von E12.2 notwendig (vgl. Nenner in der Berechnungsformel):

Kernindikator	D15.1: Schulabgangsquote an allgemein bildenden Schulen
Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	<p>Die Quote der Schülerinnen und Schüler, die jährlich die allgemein bildenden und beruflichen Schulen mit oder ohne Schulabschluss verlassen, gibt Aufschluss darüber, welche Gewichtung den unterschiedlichen Schulabschlüssen zukommt und – in Zeitreihe – wie sich diese entwickeln. Hierdurch kann das Potenzial an erworbenem Wissen beschrieben werden, das die Region auf Basis eigener Anstrengungen im Bildungswesen hervorbringt.</p> <p>Zur Ermittlung eines eventuellen Förderbedarfs und zur Erfolgskontrolle etablierter Förderinstrumente ist es unerlässlich, die Schulabgangsquote jährlich zu erheben.</p>
Berechnungsformel	<p>Schulabgangsquote (in %)</p> $= \frac{\text{Anzahl der Schulabgänger/innen mit Abschlussart x von Schulart a}}{\text{Anzahl der Personen im Alter von m bis n Jahren}} \cdot 100 \%$

Kernindikator	E12.3: Anteile der allgemeinbildenden Schulabschlüsse neu eingetretener Schüler/innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems
Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	Die schulische Herkunft der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen ist aus der Perspektive der Bildungsplanung und -beobachtung von eminenter Bedeutung. Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss und teilweise auch mit Hauptschulabschluss haben zunehmend Probleme beim Übergang in die Berufsausbildung. Die Kennzahl gibt Hinweise auf die Chancen von Jugendlichen, beim Übergang in die Berufsausbildung einen adäquaten dualen oder schulischen Ausbildungsplatz zu erhalten. Eine Aufschlüsselung der Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher schulischer Herkunft auf die verschiedenen Teilbereiche des Berufsbildungssystems ermöglicht eine differenzierte Bildungsplanung in diesem Sektor. Der Zeitverlauf zeigt zunehmenden oder abnehmenden Förderbedarf auf.
Berechnungsformel	Anteil der neu eingetretenen Schüler/innen eines Teilbereiches mit einem bestimmten allgemeinen Schulabschluss (in %) $= \frac{\text{Zahl der Ausbildungsbeginner/innen in Bereich b mit Schulabschluss a} * 100}{\text{Zahl der Ausbildungsbeginner/innen in Bereich b}}$

Ergänzungsindikator	E12.4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Berufsgruppen
Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	Die Angaben zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen je Berufsgruppe geben Aufschluss über die aktuelle Bedeutung der einzelnen Berufsgruppen im regionalen Ausbildungsplatzangebot. Ggf. könnten von der Kommunalverwaltung gezielt Betriebe in Branchen angesprochen werden, die bislang nur wenig zum Angebot an Ausbildungsplätzen beitragen. In der Darstellung dieser Werte in einer Zeitleiste können Entwicklungen abgebildet und künftige Entwicklungen abgeschätzt werden.
Berechnungsformel	Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge = Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die in einem definierten Zeitraum in einem nach BBiG bzw. HwO anerkannten Ausbildungsberuf mit einem in der betrachteten Gebietseinheit ansässigen Betrieb abgeschlossen wurde

Übergänge Duale Berufsausbildung

Ergänzungsindikator	E12.5: Anteil der Berufsgruppen an der Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge
Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	Die Angaben zu den Anteilen der einzelnen Berufsgruppen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen geben Aufschluss über ihre aktuelle Bedeutung im regionalen Ausbildungsplatzangebot. Ggf. könnten von der Kommunalverwaltung gezielt Betriebe in Branchen angesprochen werden, die bislang nur wenig zum Angebot an Ausbildungsplätzen beitragen. In der Darstellung dieser Werte in einer Zeitleiste können Entwicklungen abgebildet und künftige Entwicklungen abgeschätzt werden.
Berechnungsformel	Anteil einer Berufsgruppe x an der Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (in %) = $= \frac{\text{Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufsgruppe x} * 100}{\text{Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge}}$

8. Literaturhinweise

Kapitel 8 bildet den Abschluss dieser Darstellung und möchte mit einigen Hinweisen auf interessante Links und Texte zur eigenen Weiterarbeit anregen. Im Folgenden wird deshalb auf eine Vielzahl von Bildungsberichten in Bund, Ländern, Kommunen und auf inter- bzw. supranationaler Ebene verwiesen. Diese Zusammenstellung ist exemplarisch und strebt keine Vollständigkeit an. Alle im gesamten Text genannten Links wurden letztmalig überprüft am 21.02.2011.

8.1. Linkliste

Nationale Bildungsberichterstattung:

Nationaler Bildungsbericht (2006, 2008, 2010)

<http://www.bildungsbericht.de>

Kinder- und Jugendberichte

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=3447>

Familienberichte

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=2089>

Studien und Berichte zur (statistischen) Erfassung von Kinderarmut

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=5175>

Berufsbildungsbericht

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=2836>

<http://www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php>

Datenreport zum Berufsbildungsbericht

<http://datenreport.bibb.de>

Berichte und Expertisen zur Weiterbildung

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=5226>

Bildungsfinanzbericht

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=2838>

Forschungsberichte

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=6050>

Grund- und Strukturdaten

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=2839>

Weitere Studien zum deutschen Bildungswesen

<http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=2841>

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland: Darstellung der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa

<http://www.kmk.org/dokumentation/das-bildungswesen-in-der-bundesrepublik-deutschland.html>

Nationale Bildungsberichte in anderen Staaten:

Bildungsberichterstattung in Frankreich

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6927>

Bildungsberichterstattung in Kanada

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6922>

Bildungsberichterstattung in den Niederlanden

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6925>

Bildungsberichterstattung in Österreich

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6928>

Bildungsberichterstattung in Schweden

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6926>

Bildungsberichterstattung in der Schweiz

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6923>

Bildungsberichterstattung in den USA

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6921>

Bildungsberichterstattung im Vereinigten Königreich

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6924>

Inter- und Supranationale Bildungsberichte:

Europäische Bildungsberichte

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6918>

OECD-Bildungsberichte

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6919>

UNESCO-Bildungsberichte

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6917>

Bildungsberichte der Länder, Regionen und Kommunen:

Bildungsberichte für Baden-Württemberg

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7364>

Bildungsberichte für Bayern

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7372>

Bildungsberichte für Berlin und Brandenburg

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7373>

Bildungsberichte für Hamburg

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7587>

Bildungsberichte für Hessen

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7374>

Bildungsberichte für Nordrhein-Westfalen

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7375>

Bildungsberichte für Rheinland-Pfalz

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7376>

Bildungsberichte für Sachsen

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7377>

Bildungsberichte für Sachsen-Anhalt

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=8781>

Bildungsberichte für Schleswig-Holstein

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=7378>

Weitere Informationen und Hinweise zur Bildungsberichterstattung:

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland: Darstellung der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa

<http://www.kmk.org/dokumentation/das-bildungswesen-in-der-bundesrepublik-deutschland.html>

Gesamtkonzeption der Bildungsberichterstattung in Deutschland

<http://www.bildungsbericht.de/daten/gesamtkonzeption.pdf>

Das weiterentwickelte Indikatorenkonzept der Bildungsberichterstattung

<http://www.bildungsbericht.de/daten2008/indikatorenkonzept.pdf>

Indikatorenmodell zur Bildungsberichterstattung in Deutschland

<http://www.bildungsbericht.de/daten/indikatorenmodell.pdf>

Datenstrategie zur Bildungsberichterstattung in Deutschland

<http://www.bildungsbericht.de/daten/datenstrategie.pdf>

Mögliche Datenquellen

<http://www.bildungsbericht.de/zeigen.html?seite=4289>

Fachtagungen zur Bildungsberichterstattung

<http://www.bildungsbericht.de/zeigen.html?seite=6906>

Bildungsbericht und Bildungsmonitoring – Kriterien und Standards: Vortrag auf der Fachtagung der DGBV, Esslingen 6. März 2009

http://www.dgbv.de/dokumente/3-0_Tagung_2009-03-06_PPT-Doebert.pdf

Indikatorenkonzept und Beschreibung von Beispielindikatoren für eine regionale Bildungsberichterstattung: Ein Beitrag zur Entwicklung von Indikatoren für einen regionalen Bildungsbericht

http://www.bildung.koeln.de/materialbibliothek/dokus/b_bericht08/indikatorenkonzept.pdf

Bildungsberichterstattung aus regionaler und kommunaler Perspektive

http://www.statistik-portal.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag08_07_03.pdf

Weitere Links:

Statistisches Bundesamt Deutschland

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms>

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Regionalstatistik

www.regionalstatistik.de

Bundesagentur für Arbeit Statistik

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Startseite/Startseite-Nav.html>

Städtestatistik

<http://www.staedtestatistik.de>

Kita Data Webhouse

<http://www.kitaweb-bw.de>

Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur dritten Folgerhebung der Stuttgarter Schulabsolventenstudie

<http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/414762/60423.pdf>

Ravensburger Bildungsbericht 2008

<http://www.bildungsregion-ravensburg.de/servlet/PB/show/1375509/Bildungsbericht%202008%20digital.pdf>.

Sachstandserhebung Sprachförderung in Ravensburg

http://www.bildungsregion-ravensburg.de/servlet/PB/show/1383198/Ergebnisse%20Sachstandserhebung%20Sprachforderung_final.pdf

http://www.bildungsregion-ravensburg.de/servlet/PB/menu/1380933_I1/index.html.

Regionales Übergangsmanagement Schule-Beruf Stuttgart

<http://www.stuttgart.de/ruem>

Programm "Perspektive Berufsabschluss"

<http://www.perspektive-berufsabschluss.de>

Handbuch zur Sozialraumorientierung - Grundlage der integrierten Stadt(teil)entwicklung
Berlin

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/rahmenstrategie/download/SFS_Handbuch_RZ_screen.pdf

Vortragsreihe zum 1. Mannheimer Bildungsbericht

<http://www.presse-service.de/data.cfm/static/782585.html?CFID=7541735&CFTOKEN=30417748>

Integrationsbericht Schwäbisch Gmünd

www.schwaebisch-gmuend.de/brcms/pdf/20649.pdf

8.2. Literatur

Barke, Werner: „Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe...“. In: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, H. 11/2004, S. 50-53. Stuttgart 2004.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Grund- und Strukturdaten 2007/2008, Daten zur Bildung in Deutschland. Bonn, Berlin 2008.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings. 2009 (Verfügbar unter: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BildungKultur/Analysen!Aufsaetze/bildungsmonitoring.pdf>).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Bildungsforschung Band 31. Zur Konstruktion von Sozialindizes. Ein Beitrag zur Analyse sozialräumlicher Benachteiligung von Schulen als Voraussetzung für qualitative Schulentwicklung. Bonn, Berlin Februar 2010 (Verfügbar unter: http://www.bmbf.de/pub/bildungsforschung_band_einunddreissig.pdf).

Deutscher Bildungsrat: Bericht '75 – Entwicklungen im Bildungswesen. Bonn 1975.

Deutscher Städtetag: Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007. Aachen 2007.

Döbert, Hans: Indikatorenkonzept und Beschreibung von Beispielindikatoren für eine regionale Bildungsberichterstattung. Berlin 2007.

Gaupp, Nora; Geier, Boris: Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur Dritten Folgerhebung der Stuttgarter Schulabsolventenstudie. Stuttgart 2010.

Konsortium für Bildungsberichterstattung: Bildungsbericht für Deutschland: Erste Befunde. Bielefeld 2003.

Konsortium für Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006.

Konsortium für Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010: ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld 2010.

Rürup, Matthias; Fuchs, Hans-Werner; Weishaupt, Horst: Bildungsberichterstattung – Bildungsmonitoring. In: Altrichter, Herbert (Hrsg.); Maag Merki, Katharina (Hrsg.): Handbuch neue Steuerung im Schulsystem. Wiesbaden 2010.

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz zum Bildungsmonitoring. 2006. (Verfügbar unter: http://www.kmk.org/no_cache/bildung-schule/qualitaetssicherung-in-schulen/bildungsmonitoring/ueberblick-gesamtstrategie-zum-bildungsmonitoring.html?sword_list%5B0%5D=bildungsmonitoring).

Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Kommission für Statistik: Definitionenkatalog zur Schulstatistik. 2008 (2). (Verfügbar unter: http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Defkat2008_2_m_Anlagen.pdf).

Stadt Dortmund. Der Oberbürgermeister (Hrsg.): Erster kommunaler Bildungsbericht für die Schulstadt Dortmund. Münster 2008.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Wie man sich durch statistische Grafiken täuschen lässt. Stuttgart 2008. (Verfügbar unter <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/802008002.pdf>).

Storm, Andreas: Wissen für Handeln – Die politischen Herausforderungen. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Wissen für Handeln – Forschungsstrategien für eine evidenzbasierte Bildungsberichterstattung. Berlin 2008.

Wolter, Stefan C.; Kull, Miriam: Bildungsbericht Schweiz 2006 – Grundlagen für die Systemsteuerung. In: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik 1/2-2007. St. Gallen 2007.

